

Sehr geehrte Damen und Herren,

Niederösterreich, Tschechien, die Slowakei und Westungarn sind von der Erweiterung der Union besonders stark betroffen. Dies bedeutet für die Regionen eine gewaltige Herausforderung. Durch die Intensivierung von grenzüberschreitenden Kontakten und den Aufbau gemeinsamer Kooperationen sollen die Chancen, die sich daraus ergeben, offensiv genutzt werden.

Das EUREGIO forum ist ein Netzwerk der NÖ Regionalmanagements und ihrer Partnerorganisationen in Tschechien der Slowakei und Ungarn. Es soll mithilfe, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Entwicklung nachhaltig zu festigen. Deshalb unterstützen und fördern wir die Zusammenarbeit durch die Bereitstellung von geeigneten Informationen, Kontakten und Hintergrundberichten. Zu diesem Zweck soll Sie dieser Newsletter über grenzüberschreitende Aktivitäten informieren. Wir haben dabei unser Augenmerk bewusst auf die Entwicklungen in den Grenzregionen gerichtet.

Dieser Newsletter ist auf der Homepage des EUREGIO forums (www.euregioforum.at) besonders benutzerfreundlich für Sie aufbereitet. In einer Online – Datenbank können sie die aktuellen Infos sowohl geographisch als auch inhaltlich sortieren. Damit sind Sie mit Ihrem persönlichen Newsletter jederzeit bestens informiert. Um auch weiterhin in den Genuß dieses Informationsmediums zu kommen bitten wir Sie, sich in unserer Mailing List auf www.euregioforum.at einzutragen.

Dipl.Ing. Herman Hansy
Dr. Hannes Schaffer

Impressum

Endredaktion: mecca environmental consulting, Hochwiese 27a, A-1130 Wien
www.mecca-consulting.at

Redaktion Ungarn: Reka Katona

Redaktion Slowakei: Marta Kucakova

Redaktion Tschechien: Jan Moudrý

Redaktion Österreich: Hannes Schaffer, Petra Hirschler

INHALTSVERZEICHNIS

POLITIK.....	4
ÖSTERREICH	4
<i>Landesentwicklung zwischen Wirtschaft und Umwelt/Natur</i>	4
<i>Klare Mehrheit in den Kandidatenländern für EU-Beitritt.....</i>	4
<i>EU-Erfahrungsaustausch mit ungarischen Kommunalpolitikern</i>	4
TSCHECHIEN	5
<i>Die Österreicher aus dem ehemaligen Sudetenland wollen in Tschechien deutsche Ortstafeln.....</i>	5
<i>Das Memorandum wird Südböhmen mit Niederösterreich verbinden</i>	5
SLOWAKEI	5
<i>Euro-regionale Politik auch in der Slowakei.....</i>	5
<i>Die zweite Runde der Regionalwahlen.....</i>	5
<i>Darüber werden die Regionalvertretungen entscheiden:.....</i>	6
UNGARN	6
<i>5,7 Milliarden Euro für EU-Erweiterung - im ersten Jahr</i>	6
<i>Orbán für Gleichbehandlung in EU.....</i>	6
LANDWIRTSCHAFT	7
ÖSTERREICH	7
<i>EU: Kommission schlägt Mitgliedsstaaten Positionen für Erweiterung vor.....</i>	7
<i>Bäuerinnen intensivieren Nachbarschaft mit EU-Beitrittsländern</i>	8
<i>Besseres Futter und bessere Milch beiderseits der Grenze.....</i>	8
SLOWAKEI	9
<i>SAPARD auch für Heilkräuter</i>	9
<i>Audit der Agentur Sapard</i>	9
UNGARN	9
<i>Széchenyi-Plan wird um Agrarpaket ergänzt.....</i>	9
HUMANRESSOURCEN	10
ÖSTERREICH	10
<i>Reichtum Carnuntums gibt Arbeit für Generationen</i>	10
<i>Beispielhafte Zusammenarbeit von 35 Schulen aus EU und EU-Beitrittsländern</i>	10
UNGARN	11
<i>Ungarische Haushaltshilfen für Deutschland</i>	11
<i>Győr jetzt offiziell Universitätsstadt.....</i>	11
<i>Ungarisches Pflegepersonal nach Deutschland.....</i>	11
<i>Billige Arbeitskräfte für Ungarn</i>	11
EU-FÖRDERPROGRAMME	12
ÖSTERREICH	12
<i>37,5 Millionen zur Förderung des ländlichen Raumes in NÖ.....</i>	12
<i>Grenzüberschreitendes Projekt soll Kenntnisse in der Heizungs-, Lüftungs-, Klima- sowie Alternativtechnik vorantreiben.....</i>	12
<i>Umsetzung EU-Regionalpolitik im Rahmen von INTERREG IIIA</i>	12
TSCHECHIEN	13
<i>25.2.2002 ist Deadline für PHARE CBC Ansuchen.....</i>	13
SLOWAKEI	13
<i>Phare für grenzüberschreitende Zusammenarbeit.....</i>	13
VERKEHR	14
TSCHECHIEN	14
<i>Die Bahnverbindung zwischen der Tschechischen Republik und Österreich.....</i>	14
<i>Die Straße auf Schienen.....</i>	14
UNGARN	14
<i>Ungarn hat Verkehrskapitel abgeschlossen.....</i>	14
UMWELT	15
ÖSTERREICH	15
<i>Um Umweltstandards dies- und jenseits der Grenze anzugleichen:</i>	15
SLOWAKEI	15

<i>Es sollten 50 % des Abfalls wiederverwertet werden</i>	15
UNGARN	16
<i>Ungarn will erneuerbare Energie stärker nutzen</i>	16
<i>Metro-Kette führt Mülltrennung ein</i>	16
WIRTSCHAFT	17
ÖSTERREICH	17
<i>Jour-Fixe-Treffen zwischen Österreich und Tschechien in Prag</i>	17
<i>Wirtschaftsgespräche Österreich - Slowakei</i>	17
<i>Große Chancen für Österreich durch EU-Osterweiterung</i>	18
<i>Wirtschaftspark in Marchegg wird nun realisiert</i>	18
TSCHECHIEN	19
<i>Dank der harten Krone werden mehr Leute arbeitslos</i>	19
SLOWAKEI	19
<i>Staatliches Geld für Entwicklungsprogramme</i>	19
UNGARN	19
<i>"EURO-fit"</i>	19
<i>Philips eröffnet Regionalzentrum in Győr</i>	20
<i>Audi in Győr - Erfolgreiches Jahr für Motorenfabrik</i>	20
<i>Ungarische Ausfuhren hängen von deutscher Industrie ab</i>	20
<i>Mitsubishi plant Milliardeninvestition</i>	20
<i>Bruttoinlandsprodukt soll 2002 langsamer steigen</i>	20
<i>Standort Ungarn in Gefahr?</i>	20
<i>Ungarn verschärft Devisenbestimmungen</i>	21
<i>Industriewachstum bei lediglich vier Prozent</i>	21
<i>Verkaufszahlen steigen kaum bei Brau Union Hungária</i>	21
<i>Széchenyi-Kreditkarten für 75.000 Unternehmer</i>	21
REGIONALENTWICKLUNG	22
ÖSTERREICH	22
<i>Für eine abgestimmte, wirtschaftliche Regionalentwicklung</i>	22
<i>Österreichische Eisenstraße: 2002 zahlreiche Projekte geplant</i>	22
<i>Grenzüberschreitendes Impulszentrum March-Thaya-Auen</i>	22
<i>Casinos Austria und Kommunalkredit fördern grenzüberschreitende Projekte</i>	23
<i>EUREGIO forum für grenzüberschreitende Zusammenarbeit</i>	23
<i>Für "Kommunikation und Partizipation" im Arbeitsjahr 2002</i>	24
<i>WWF präsentiert Regionalentwicklungsstudie: Natura 2000 rechnet sich!</i>	24
<i>Grenzüberschreitendes Impulszentrum Thayaland</i>	24
<i>NÖ Energiekonzept wächst über die Grenze</i>	25
UNGARN	25
<i>Regionale Investitionstrategie für den Balaton</i>	25
<i>Tagung der Naumann-Stiftung - Die Regionen bereiten sich auf die EU vor</i>	25
TOURISMUS	27
ÖSTERREICH	27
<i>Weltkulturerbe Neusiedler See: Symbol für grenzüberschreitendes Zusammenwachsen</i>	27
<i>Vier Rad- bzw. Mountainbikeregionen</i>	27
<i>Besucherzentrum für den Nationalpark Thayatal/Podyjí</i>	27
TSCHECHIEN	28
<i>Südböhmen zieht Millionen von Touristen an</i>	28
<i>Ein Labyrinth aus Hanf sollte die Touristen anlocken</i>	28
SLOWAKEI	28
<i>INFOSEN – Ausrufung des Königreiches</i>	28
<i>Eine Fahrradbrücke wird die Ufer der March verbinden</i>	29
<i>Das Interesse der Gemeinden steigt</i>	29
UNGARN	29
<i>Das Ungarische Welterbe der UNESCO: Teil 2 - Pannonhalma</i>	29
<i>Ungarn - 30 Millionen Touristen im Jahr</i>	30

POLITIK

Österreich

Landesentwicklung zwischen Wirtschaft und Umwelt/Natur

Bei einem Gruppenopening diese Woche in St.Pölten stimmte der neue Leiter der Gruppe Raumordnung und Umweltschutz des Amtes der NÖ Landesregierung, Hofrat Dr. Friedrich Zibuschka, die Zielrichtung aller Gruppenaktivitäten ab: "Die Gruppe Raumordnung und Umweltschutz vereinigt - wie keine andere Gruppe des Amtes - unterschiedlichste Gebiete und Interessen in sich. Wir können den Ausgleich zwischen den Interessen der Wirtschaft und den Interessen des Umwelt- und Naturschutzes bewirken und die Landesentwicklung, vor allem im Hinblick auf die EU-Osterweiterung, maßgeblich gestalten." Politisches Ziel Niederösterreichs sei es, sowohl in der Wirtschaftskraft als auch in der Lebensqualität zu den Top-ten-Regionen in Europa zu gehören. "Niederösterreich soll ein reiches Land und ein lebenswertes Land sein. Wir, die Gruppe Raumordnung und Umweltschutz, verfügen über das planerische Instrumentarium, um diese Vision wahr zu machen und die entscheidenden Weichenstellungen vorzubereiten", führte Zibuschka aus.

Die Gruppe Raumordnung und Umweltschutz besteht aus sieben Abteilungen, die das breite Spektrum von Bau- und Raumordnungsrecht, örtlicher, sektoraler und regionaler Raumordnung und Regionalpolitik, Gesamtverkehrsangelegenheiten, Verkehrsrecht, Naturschutz, Umweltrecht, Umweltwirtschaft und Raumordnungsförderung und Umweltkoordination umfassen.

07.12.2001, Quelle: NÖ Landeskorrespondenz, Rückfragehinweis: NÖ Landesregierung

Klare Mehrheit in den Kandidatenländern für EU-Beitritt

59 Prozent der Bürger in den 13 Kandidatenländern beurteilen die EU-Mitgliedschaft als "eine gute Sache" für ihr Land, 10 Prozent als "eine schlechte Sache", weitere 22 Prozent als "weder gut noch schlecht", und die restlichen neun Prozent machen dazu keine Angaben. In Rumänien, Bulgarien und Ungarn ist die Zustimmung der Bevölkerung zum EU-Beitritt am grössten (sie ist in diesen Ländern "eine gute Sache" für zwischen 80 und 60 Prozent der Befragten). Die Rate ist am niedrigsten in den drei baltischen Staaten (zwischen 33 und 41 Prozent) und in Malta (39 Prozent). Das geht aus einer neuen EUROBAROMETER-Meinungsumfrage hervor, deren Ergebnisse gestern von der Europäischen Kommission präsentiert wurden. Durchgeführt wurde die Umfrage im Oktober d.J. unter insgesamt 12.000 Bürgern in 13 Ländern. Es handelt sich um zehn Länder in Mittel- und Osteuropa sowie Malta, Zypern und die Türkei.

Auf die Frage, wie sie im Falle eines Referendums über den EU-Beitritt abstimmen würden, erklärten 65 Prozent der Befragten in den 13 Kandidatenländern, für die Mitgliedschaft ihres Landes in der Union votieren zu wollen; 18 Prozent würden dagegen stimmen. Acht Prozent erklärten, sich nicht an einem diesbezüglichen Referendum zu beteiligen und weitere neun Prozent machten keine Angaben dazu. Die Zustimmungsrate zum EU-Beitritt wäre am grössten in Rumänien (85 %), gefolgt von Bulgarien (80 %), Ungarn (70 %), der Türkei (68 %) und der Slowakei (66 %). Hingegen würden derzeit nur 40 Prozent der Malteser und 38 Prozent der Esten in einem Referendum die EU-Mitgliedschaft ihres Landes befürworten.

Weitere Einzelheiten dieser EUROBAROMETER-Umfrage finden sich auf dem EUROPA-Server der Europäischen Union unter der Internet-Adresse http://europa.eu.int/comm/public_opinion.

11.12.2001, Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Rückfragehinweis: Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich.

EU-Erfahrungsaustausch mit ungarischen Kommunalpolitikern

Der österreichische Städtebund hält am Donnerstag und Freitag eine zweitägige EU-Konferenz mit ungarischen Kommunalpolitikern unter dem Thema "Die Erweiterung der Europäischen Union. Auswirkungen auf Städte und Gemeinden. Erfahrungen in Österreich" ab. An der Tagung im Wiener Rathaus nehmen rund 60 führende ungarische Kommunalpolitiker teil. An der Spitze der ungarische Minister für Integration im Kanzleramt Dr. Imre Boros sowie der Präsident des Bundes der Städte mit Komitatsrecht in Ungarn Karoly Szita.

Im Mittelpunkt des länderübergreifenden Treffens stehen die gesammelten Erfahrungen österreichischer Gemeinden und Kommunen in Zusammenhang mit der Europäischen Union. Einen Rückblick über die Einbindung österreichischer Städte und Gemeinden in den EU-Beitrittsprozess wird nach der Eröffnung der Generalsekretär des Österreichischen Städtebundes, Dr. Erich Pramböck, geben. In weiterer Folge stehen diverse Fachvorträge über Aspekte der für Städte und Kommunen relevanten EU-Politik auf dem Programm. Der Österreichische Städtebund schloss 2001 ein

Kooperationabkommen mit dem ungarischen Verband für Städte mit Komitatsrechte ab. Dazu zählen mit Ausnahme von Budapest, derzeit die 22 größten Städte Ungarn mit über 50.000 Einwohnern. Der ungarische Verband vertritt die Interessen von 3 Millionen Ungarn oder 30 Prozent der ungarischen Gesamtbevölkerung. Ungarns Hauptstadt ist zwar nicht direktes Mitglied des ungarischen Verbandes, dennoch verbindet die Stadt Wien bzw. der österreichische Städtebund mit Budapest eine Vielzahl enger Programme und Kontakte. Schwerpunkt der Zusammenarbeit ist der Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Verbänden hinsichtlich der EU. Der Österreichische Städtebund zählt 240 Mitglieder und vertritt die Interessen von 4,5 Millionen Einwohnern.
07.02.2002, Quelle: Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Rückfragehinweis:
Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Tschechien

Die Österreicher aus dem ehemaligen Sudetenland wollen in Tschechien deutsche Ortstafeln
Der Vorsitzende der sudetendeutschen Landsmanschaft in Österreich (SLÖ) Gerhard Zeihsel forderte gestern die Tschechische und Slowakische Republik auf, als „Ausdruck des guten Willens zur Überwindung der Vergangenheit“ (!) in den Gebieten, aus denen nach dem Krieg die deutsche Bevölkerung ausgesiedelt wurde, die zweisprachigen Ortstafeln aufstellen zu lassen. Diese Anforderung begründete er mit dem Beschluss des österreichischen Verfassungsgereichts, in dem es feststeht, dass die Gemeinden in Kärnten, wo mehr 10% der slowenischen Minderheit lebt, den Anspruch auf diese zweisprachigen Ortstafeln haben. „Wenn wir nach diesem Befund bis zum Jahr 1946 zurückgehen, hatten damals Hunderte von Städten und Gemeinden die absolute deutschsprachige Mehrheit,“ bemerkte Zeihsel. Die damals von den Deutschen besiedelten Gemeinden hätten also noch heute den Anspruch auf zweisprachige Ortstafeln, zeigt SLÖ daraus den Schluss.
10.01.2002, Quelle: Českobudějovické listy

Das Memorandum wird Südböhmen mit Niederösterreich verbinden
Der Rat von Südböhmen verabschiedete gestern den Vorschlag des Memorandums über die Zusammenarbeit mit dem Bundesland Niederösterreich. Das Memorandum beinhaltet 8 Punkte der konkreten Zusammenarbeit in einzelnen Gebieten von beiden Regionen. Dort wird z. B. die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Regionalpolitik der Umwelt, des Schutzes vor den Katastrophen und des gesetzgebenden Systems, weiter auf dem Gebiet Sport, Bildung und der Unterstützung von Programmen Phare – CBC und Interreg, auf dem Gebiet Kultur, Fremdenverkehr und Gesundheitswesen. Die konkreten Arbeitsprogramme werden dann meistens für zwei Jahre festgelegt, wobei deren Erfüllung die Aufgabe für einen Koordinationsausschuss unter der Leitung von den Direktoren der Ämter von beiden Ländern – Niederösterreich und Südböhmen – sein sollte.
18.01.2002, Quelle: Listy Prachaticka

Slowakei

Euro-regionale Politik auch in der Slowakei
Die Entstehung von regionalen Selbstverwaltungen eröffnet neue Möglichkeiten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Ihr Schlaf war auch durch die fehlende mittlere Stufe der Selbstverwaltung bedingt, die das Vakuum zwischen der Gemeinde und dem Staat überbrücken soll. Die Abwesenheit der Kreisverwaltungen erschwerte über Jahre die Zusammenarbeit mit den benachbarten Regionen. Die neue regionale Gliederung der Slowakei verspricht eine Belebung der euroregionalen Politik.
14.12.2001, Quelle:Hospodárske noviny

Die zweite Runde der Regionalwahlen
Die zweite Runde der Regionalwahlen verlief ohne Vorfälle, mit einer Beteiligung von 22,61 %. Die Wahlen haben in 7 Kreisen stattgefunden und es wurden alle Vorsitzenden gewählt. Der Vorsitzende des Selbstverwaltungskreises Bratislava wurde bereits in der ersten Runde gewählt. In Prešov wurde der Kandidat der Parteien HZDS-Smer Peter Chudík mit 50,11% gewählt. In Trnava gewann der Koalitionskandidat für HZDS-Smer-SOP Peter Tomeček. In Trenčín hat mit 67,92% der Kandidat der HZDS Štefan Štefanec gewonnen. Im Kreis Nitra wurde zum Vorsitzenden der Koalitionskandidat der HZDS-SDL-SOP-Smer und Stred Milan Belica. Die niedrigste Beteiligung verzeichnete Kreis Žilina, in dem mit 80 % der Kandidat der HZDS Jozef Tarčák gewann. Im Kreis Banská Bystrica gewann Milan Marčok, der für die Koalition HZDS-Smer kandidierte. In Košice gewann der gemeinsame Kandidat von KDH und DS Rudolf Bauer.

17.12.2001, (Quelle:Práca)

Darüber werden die Regionalvertretungen entscheiden:

- Verabschiedung von verbindlichen Richtlinien, welche die regionale Legislative bilden werden. Die Verlautbarungen dürfen nicht der höheren Rechtskraft widersprechen (Verfassung, Gesetze)
- Über die Annahme eines Kredits für den selbstverwaltenden Kreis
- Über die Ansetzung einer Befragung im Kreis
- Über die Gründung, Auflösung und Kontrolle der Rechtskörperschaften im Kreis, über die Berufung und Kündigung ihrer Vorsitzender (Direktion)
- Über die finanzielle Beteiligung des selbstverwaltenden Kreises in den Rechtskörperschaften
- Über die internationale Zusammenarbeit und die Mitgliedschaft in Vereinen

17.12.2001, Quelle: SME

Ungarn

5,7 Milliarden Euro für EU-Erweiterung - im ersten Jahr

Die Erweiterung der Europäischen Union auf bis zu 25 Mitgliedstaaten wird im ersten Jahr voraussichtlich mindestens 5,686 Milliarden Euro kosten. Hinzu kommen Ausgleichszahlungen für das Budget der Beitrittsländer, die nach Schätzung der EU-Kommission ihrerseits jährlich etwa 4,8 Milliarden Euro in die Brüsseler Kasse einzahlen werden. Den mit Abstand größten Posten nehmen die Strukturhilfen für die neuen Mitglieder ein. Die Kommission nannte ihren am Mittwoch vorgelegten Finanzrahmen für die Erweiterung "fair und solide". Nun sollen die EU-Finanzminister den Plan besprechen.

31.01.2002, www.budapester.hu

Orbán für Gleichbehandlung in EU

Mit Blick auf die anstehende Konferenz der Visegrad–Staaten am 19. Februar in Budapest müsse die Gleichbehandlung innerhalb der EU verstärkt werden, betonte Premier Viktor Orbán auf einer Pressekonferenz. Der Regierungschef sagte, man werde auf dem Gipfel auch über den neuen Antrag der Europäischen Kommission zur Finanzierungsreform diskutieren, der für die Beitrittskandidaten ungünstig sei. Auch wolle man für die konkurrierende Landwirtschaft Ungarns, Tschechiens und der Slowakei die gleichen Unterstützungen bekommen, wie die derzeitigen EU–Mitgliedsländer. Die Visegrad-Staaten sprachen sich für eine kurze Übergangsregelung aus, so es in diesem Zusammenhang zu Übergangsfisten kommen sollte.

08.02.2002, www.budapester.hu

LANDWIRTSCHAFT

Österreich

EU: Kommission schlägt Mitgliedsstaaten Positionen für Erweiterung vor

Die EU-Kommission verabschiedete heute in Brüssel ihre Vorschläge an die Mitgliedsländer zur Position der EU in den Beitrittsverhandlungen mit acht Bewerbern aus Mittel- und Osteuropa sowie Zypern und Malta zu den Kapiteln Landwirtschaft, Strukturpolitik und die Finanzierung. Ziel ist es, die gemeinsame Verhandlungsposition bis Ende Juni im Rat zu fixieren, in der zweiten Jahreshälfte 2002 mit den Beitrittswerbern zu Abschlüssen zu kommen und 2004 die ersten neuen Mitglieder aufzunehmen. Obwohl die Agenda 2000 nur vom Beitritt von sechs neuen Mitgliedern bis 2006 ausgegangen war, betont die Kommission die Erweiterung um zehn dennoch innerhalb der finanziellen Obergrenzen der Finanzvorschau 2000 bis 2006 bewältigen zu können. Im Bereich Landwirtschaft sollen den neu hinzukommenden Landwirten ab dem ersten Tag der EU-Zugehörigkeit und damit der vollen Übernahme der Marktordnungen auch Direktzahlungen angeboten werden, allerdings beginnend von einem Ausgangsniveau von 25% der derzeitigen GAP-Zahlungen mit einer zehnjährigen Übergangszeit der schrittweisen Angleichung an die EU-15. Quoten und Referenzflächen sollen auf Grund möglichst aktueller historischer Daten, vornehmlich der Jahre 1995 bis 1999, festgesetzt werden.

"Das Paket ist ausgewogen. Unsere Strategie stellt sicher, dass die EU-Gelder gut angelegt sind, indem wir den nötigen Umstrukturierungsprozess in den neuen EU-Ländern unterstützen", sagte Agrarkommissar Franz Fischler zu den Vorschlägen. Eines sei klar, so Fischler, "ja, die Erweiterung kostet Geld, aber die Kosten sind zu bewältigen, wenn die Mitgliedsstaaten zu ihren Verpflichtungen stehen".

Die Kommission sieht zwar die Notwendigkeit von Direktzahlungen von Anfang an, weil sie nicht mehr ausschließlich Preisausgleiche, sondern mittlerweile tragende Säule der GAP sind. Allerdings seien zu hohe Zahlungen von Beginn an "kontraproduktiv", weil sie die notwendige Strukturanpassung bremsen und zu sozialen Zerwürfnissen innerhalb der MOEL führen würden. Statt dessen soll die nötige Umstrukturierung der MOEL-Landwirtschaften mit verstärktem Engagement im Bereich der ländlichen Entwicklung vorangetrieben werden.

Die Kommission schlägt ein Zwei-Phasen-Konzept für die Einführung von Direktzahlungen vor: Zunächst würden in den neuen Mitgliedsstaaten Direktzahlungen von 25% (2004), 30% (2005) und 35% (2006) der Höhe im gegenwärtigen System eingeführt. Für 2005 werden dazu EUR 1.173 Mio. und für 2006 EUR 1.418 Mio. veranschlagt. 2004 scheint noch keine Budgetbelastung auf, da diese wegen der Auszahlung nach dem Budgetstichtag am 15.10.2004 auf den nächstjährigen Haushalt 2005 geschoben wird. Ab 2006 sollen die Direktzahlungen in prozentualen Schritten angeglichen werden, so dass die neuen Mitgliedsstaaten bis 2013 das dann geltende Unterstützungsniveau erreichen.

Für die Zeit nach 2006 ist die Finanzierung noch offen. Dann werden mit Sicherheit mehr Mittel als in der geltenden Finanzvorschau benötigt, um die Direktzahlungen in den MOEL an das jetzt bestehende EU-Niveau anzugleichen, wobei die Kommission aber auch die finanziellen Effekte möglicher weiterer GAP-Reformen offen lässt und nur von der Angleichung an das dann (2013) geltende Niveau in der EU-15 spricht.

Zur Erleichterung der Durchführung will die Kommission den neuen Mitgliedsstaaten für begrenzte Zeit die Option einer Art Kleinerzeugerregelung mit einer pauschalierten Prämie von maximal EUR 750,- eröffnen und nationale Aufstockungen erlauben, wenn die Förderung unter Vorbeitrittsniveau fallen sollte. An Finanzmitteln sind EUR 1.532 Mio. für 2004, EUR 1.674 für 2005 und EUR 1.781 Mio. für 2006 geplant. Es sollen maximal 80% der Maßnahmen aus der ländlichen Entwicklung wie Vorruhestand, Unterstützung benachteiligter Gebiete mit Umwelteinschränkungen, Agrar-Umweltprogramme, Aufforstung, ein Spezialprogramm zur Professionalisierung kleiner Selbstversorgerbetriebe, Einrichtung von Erzeugergemeinschaften und technische Hilfestellungen aus dem Agrarhaushalt EAGFL finanziert werden. Dazu sollen auch allmählich Mittel aus dem Vorbeitrittsprogramm SPARAD von jährlich EUR 520 Mio. umgelenkt werden. Da die Beitrittsländer allesamt als Ziel 1-Gebiete eingestuft werden, kommen die EU-Mittel für die weiteren Maßnahmen der ländlichen Entwicklung aus den EU-Strukturfonds.

Für die Bemessung der Direktzahlungen und für die Festsetzung der Produktionsquoten zieht die Kommission die Produktionsdaten vergangener Referenzperioden heran, will aber ausdrücklich zu hohe Werte aus ex-kommunistischer Zeit vermeiden. So sollen im Großen und Ganzen die Jahre von 1995 bis 1999 als Referenzzeitraum dienen, bei den Milchquoten die Jahre 1997 bis 1999. Allerdings

gesteht die Kommission zu, sich auch nicht sklavisch an diese Referenzperioden halten zu wollen. Jedenfalls sollen die neuen Mitgliedsstaaten vom ersten Tag ihrer Zugehörigkeit zur EU an voll den Quoten und Mengenregelungen sowohl der Marktordnungen als auch der Prämien unterworfen sein. Lediglich wer für die vereinfachte Prämienzahlung der "Kleinerzeugerregelung" optiere, soll für diese Übergangszeit von der Pflicht zur Flächenstilllegung ausgenommen sein und unterliegt auch nicht den sonst üblichen Prämienplafonds und Mengensteuerungen.

30.01.2002, Quelle und Rückfragehinweis: AIZ - Agrarisches Informationszentrum

Bäuerinnen intensivieren Nachbarschaft mit EU-Beitrittsländern

Die EU-Erweiterung stand im Mittelpunkt des vierten Bezirksbäuerinnenseminars am 31.01.2002 und am 01.02.2002 in Salzburg. Rund 100 Bäuerinnen aus allen Bundesländern erarbeiteten Vorschläge, wie das Motto der von der Präsidentenkonferenz in Zusammenarbeit mit dem Landwirtschaftsministerium veranstalteten Tagung "Frauen leben Nachbarschaft" in Zukunft noch besser umgesetzt werden kann. Die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Österreichische Bäuerinnen in der Präsidentenkonferenz, Aloisia Fischer, wies auf die vielen Kontakte hin, die schon heute zwischen den Landfrauen über die EU-Außengrenzen hinweg bestehen. "Jetzt müssen wir weitere Netzwerke aufbauen und unseren Kolleginnen in den Beitrittsländern helfen, ihre eigene Interessenvertretung einzurichten", so Fischer. Sie appellierte an die Teilnehmerinnen des Seminars, sich nicht verunsichern und verängstigen zu lassen, sondern "offen und aufgeschlossen" der EU-Erweiterung entgegenzublicken.

Die Abgeordnete zum Europäischen Parlament Agnes Schierhuber berichtete über die soeben veröffentlichten Vorschläge der Europäischen Kommission für eine gemeinsame EU-Position zur EU-Erweiterung. Sie beurteilte die Pläne als gut und ausgewogen. Es zeige sich, dass die Erweiterung "machbar" sei. So bleibe der Finanzbedarf bis 2006 unter den Beschlüssen der Agenda-Vorschau von Berlin. Schierhuber begrüßte auch die geplante stufenweise Einführung der Direktzahlungen in den zukünftigen Mitgliedsstaaten. Sie bezeichnete dieses "Phasing in" als fair, weil man auch die unterschiedlichen Struktur- und Einkommens-Verhältnisse berücksichtigen müsse. Zum konkreten Thema des Seminars merkte die Abgeordnete an: "Solidarität alleine ist zuwenig, auch gegenseitiger Respekt und Achtung sind notwendig." Wichtig sei vor allem die Hilfe zur Selbsthilfe. Schierhuber rief zur verstärkten Kommunikation mit den künftigen EU-Mitgliedern auf, wobei besonderes Augenmerk auf den Bereich der Bildung zu legen sei.

Als "große Aufgabe für die nächste Zeit" bezeichnet der Präsident der Kammer für Land- und Forstwirtschaft in Salzburg, Franz Eßl, die EU-Erweiterung. Er ermutigte die Bäuerinnen, das große Projekt mitzugestalten und die sich daraus ergebenden neuen Möglichkeiten zu nützen. In den von der Europäischen Kommission vorgelegten Vorschlägen sieht Eßl eine taugliche Grundlage: "Das Papier der Kommission geht in unsere Richtung", so Eßl.

Es laufen bereits mehrere länderübergreifende Interreg-Projekte zwischen österreichischen Bäuerinnen und ihren Kolleginnen in den Beitrittsländern, wie "Urlaub grenzenlos" zwischen Kärnten und Slowenien oder "Bio-Alpe-Adria" beziehungsweise "Agrar-Kontakt" zwischen Kärnten, Slowenien und Friaul. Dazu kommen zahlreiche grenzüberschreitende Initiativen auf lokaler Ebene.

In Salzburg erarbeiteten die Bezirksbäuerinnen Vorschläge für weitere konkrete Projekte, die man künftig in den diversen Regionen umsetzen will. So sollen etwa vorhandene Sprachbarrieren durch Kurse weiter abgebaut, der Schüler- und Praktikantenaustausch forciert sowie zusätzliche Partnerschaften im Kulturbereich initiiert werden. Angeregt wurden unter anderem auch grenzüberschreitende Bildungsangebote und Talentbörsen, die Forcierung der neuen Kommunikationstechnologien zur besseren Verständigung, aber auch gemeinsame Spezialitätenschauen oder Fachexkursionen.

01.02.2002, Quelle und Rückfragehinweis: AIZ - Agrarisches Informationszentrum

Besseres Futter und bessere Milch beiderseits der Grenze

Die Milcherzeugung in der Grenzregion des Waldviertels und im angrenzenden südböhmischen Raum soll auf einen einheitlichen Qualitätsstandard gebracht werden. Aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) betreibt der Milchprüfing Niederösterreich in Gmünd das Projekt "Qualitätsoptimierung Rind". Es läuft im Rahmen des INTERREG-Programms IIIA Österreich - Tschechien und erfordert insgesamt einen Kostenaufwand von 581.000 Euro. 290.500 Euro wurden für den Milchprüfing Niederösterreich von der NÖ Landesregierung genehmigt.

Die Grundidee zu diesem Projekt ging von der Tatsache aus, dass die Rinderzucht und Kuhhaltung für die Milcherzeugung beiderseits der Grenze unterschiedlich geprägt ist: Im Waldviertel dominieren kleine Betriebe, das Grundfutter wird vorwiegend auf dem eigenen Hof erzeugt. In Südböhmen gibt es große Herden mit einer anderen Futterbasis. Jetzt soll durch eine einheitliche Beratung das Futter und damit auch die Milchqualität verbessert werden. Dabei können die Waldviertler Betriebe, die zu einem großen Teil biologisch produzieren, umfassende Erfahrungen einbringen. Die Universität

Budweis wiederum kann Ergebnisse von Forschungsprojekten zur Futteroptimierung einbringen. Jetzt wird ein gemeinsames Beratungsmodell erarbeitet, das den landwirtschaftlichen Betrieben dies- und jenseits der Grenze zur Verfügung steht. Der Aufbau eines grenzüberschreitenden Netzwerkes für Versuchsbetriebe ist vorgesehen. Die Arbeiten laufen seit August 2000, sie enden im Juli 2002.

11.02.2002, Quelle: NÖ Landeskorrespondenz, Rückfragehinweis: Amt der Niederösterreichische Landesregierung

Slowakei

SAPARD auch für Heilkräuter

Nach der Akkreditierung der Agentur SAPARD werden auch die Heilkräuterbauern und Heilkräuterverarbeiter um eine finanzielle Unterstützung ansuchen können. Eine der Prioritäten des Programms ist die Verbesserung der Situation in der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie, deren Teil auch jene Bauern sind, die sog. geringgewichtige Pflanzen anbauen. Es handelt sich dabei vor allem um Heilpflanzen, Gewürze und Aromapflanzen. Die Konkurrenzfähigkeit auf dem heimischen und ausländischen Markt soll gesteigert werden. Die Investitionen sollen vor allem zur Modernisierung der Produktionshallen, der Pack- und Trocknungstechnologien, wie auch der Aufbesserung der Hygiene und der Qualität beitragen.

Die Unterstützung des Programms SAPARD können Einzelpersonen oder Unternehmen bekommen, in denen der Staatsanteil unter 25% liegt und die sich mit der Verarbeitung von Obst, Gemüse und Kräutern beschäftigen. Die minimalen Projektinvestitionen müssen 7 000 EUR, maximal jedoch 500 000 EUR betragen. Es werden hauptsächlich Unternehmer in den südlichen und östlichen Regionen unterstützt. Im Bereich der Heil- und Aromapflanzen betrifft es die Bezirke Dunajská Streda, Stará Ľubovňa und Trenčín.

13.12.2001, Hospodárske noviny

Audit der Agentur Sapard

Die Europäische Kommission (EK) beginnt mit dem Audit der Vorbereitung der Agentur Sapard und des Nationalfonds zur Implementierung des Programms Sapard am 28. Januar 2002. Im Falle positiver Schlüsse des Audits wird die EK die Akkreditierung der Agentur Sapard in der SR bestätigen.

27.12.2002, Hospodárske noviny

Ungarn

Széchenyi-Plan wird um Agrarpaket ergänzt

Die Regierung erhofft von einem, auf ihrer letzten Dezembersitzung verabschiedeten Finanzierungspaket die wirtschaftliche Stärkung der Familienbetriebe in der Landwirtschaft. Das System der Kreditvergabe in diesem Sektor bildet fortan ein Kapitel des Széchenyi-Plans, erklärte Agrarminister András Vónza vor der Presse. Dank der neuen Strukturen sollen 2002 mehr als 100 Mrd. Ft frisches Kapital in die Landwirtschaft strömen. Die Kredite, die in Höhe von bis zu 300 Mio. Ft und mit Laufzeiten von fünf bis zwanzig Jahren gewährt werden, können Familienbetriebe mit höchstens 300 Hektar Acker zum Bodenkauf, zur Errichtung von Wirtschaftsbauten oder zum Erwerb von Investitionsgütern beanspruchen.

04.01.2002, www.budapester.hu

HUMANRESSOURCEN

Österreich

Reichtum Carnuntums gibt Arbeit für Generationen

Die Aufarbeitung des archäologischen Erbes aus Carnuntum wird noch viele Generationen beschäftigen. Allein die derzeitigen Bestände des Landes Niederösterreich an Denkmälern aus der Römerzeit werden vom wissenschaftlichen Leiter des Carnuntum-Projekts, Univ.Prof. Dr. Werner Jobst, auf 350.000 bis 400.000 Sammlungsnummern geschätzt. Die Lage des Archäologischen Parks Carnuntum an der Grenze zu den Reformländern hat eine internationale Zusammenarbeit begünstigt und in Gang gesetzt, die auch heuer intensiv weiterläuft. Studenten aus Cluj/Klausenburg, Bukarest und Budapest nehmen auch heuer wieder an den Ausgrabungen in Carnuntum teil, sie schreiben auch Diplomarbeiten und Dissertationen über Carnuntum. Derzeit stehen sechs Studenten vor dem Studienabschluss. Auf wissenschaftlicher Ebene hat sich ein fruchtbarer Dialog entwickelt, der von der Gesellschaft der Freunde Carnuntums unterstützt wird: Für den besten wissenschaftlichen Nachwuchs wurde nach dem im Vorjahr verstorbenen Präsidenten der Gesellschaft ein "Otto Hausa-Stipendium" ins Leben gerufen.

Carnuntum ist international auch durch Ausstellungsprojekte gegenwärtig: In den beiden letzten Jahren wurde die Ausstellung "Carnuntum - römische Metropole an der Bernsteinstraße" in sechs deutschen Museen mit großem Erfolg gezeigt. Für heuer und nächstes Jahr werden große Ausstellungen vorbereitet, die in Brixen und in Udine gezeigt werden sollen: Ab 22. März 2002 präsentiert das Diözesanmuseum Brixen die Schau "Die Siedler von Carnuntum. Bernsteinhändler, Kaiserpriester und Legionäre". Von Oktober 2002 bis März 2003 läuft im Schloss von Udine die Carnuntum-Schau "Aquileia - Carnuntum". Mitveranstalter ist die Slowakei.

30.01.2002, Quelle: NÖ Landeskörrespondenz, Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Beispielhafte Zusammenarbeit von 35 Schulen aus EU und EU-Beitrittsländern

Unter dem Projekttitel ABC-Network (Across the Borders Cooperation) - Schulnetzwerk "Kreatives Mitteleuropa" begann dieses Wochenende eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit von 35 Schulen. Neben den EU - Staaten Österreich und Italien sind auch die zukünftigen EU-Staaten Slowenien, Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei beteiligt. Schulen aus diesen Ländern arbeiten, koordiniert vom ÖKS Österreichischen Kultur-Service, im Rahmen des ABC Network in kreativer Weise aktiv zusammen und erproben den projekt- und themenorientierten Unterricht unter der Berücksichtigung der kommunikativen Möglichkeiten der neuen Medien.

Das Projekt ABC-Network - Schulnetzwerk "Kreatives Mitteleuropa" zielt auf kontinuierliche längerfristige Zusammenarbeit eines vorerst 35 Schulen umfassenden Netzwerkes zur Auseinandersetzung mit Europa-relevanten Themen ab. Diese Schulen wirken als Multiplikatoren innerhalb ihrer Region und arbeiten ihrerseits eng mit nationalen und regionalen Verwaltungseinrichtungen (Schulbehörden), Ausbildungsstätten, Kulturinstitutionen etc. zusammen. In der Folge soll dieses Netzwerk auch zahlenmäßig wachsen und nachhaltige bildungspolitische Akzente auf europäischer Ebene setzen. "Das ABC-Network - Schulnetzwerk "Kreatives Mitteleuropa" stellt auf den Versuch dar, einen Beitrag zum europäischen Erweiterungsprozess zu leisten", so Sektionschef Dr. Anton Dobart, BMBWK. "Das Generalthema des ABC-Network lautet: Unser Europa neu erfinden."

Waltraud Barton, verantwortliche ÖKS Projektleiterin, über das ABC-Network: "Wir werden gemeinsam lernen müssen, unsere Kritikfähigkeit zu entwickeln und keine Scheu davor zu haben, diese auch in moderater Weise mit einem angemessenen Ton zu üben. Ich halte es für ein besonders wichtiges Bildungsziel, die eigenständige Kritikfähigkeit junger Menschen zu stärken. Aber dazu ist die Begegnung und Auseinandersetzung mit dem Fremden und den anderen Voraussetzung. Auch allfälligen Vorurteilen wird am besten durch persönliche Begegnung, konkrete Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch begegnet."

Zum ABC-Network:

Das ABC Network (Across the Borders Cooperation) – Schulnetzwerk "Kreatives Mitteleuropa" ist eine Initiative des österreichischen Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Dr. Thomas Köhler). Für die Durchführung ist der ÖKS Österreichische Kultur-Service verantwortlich. Die Projekte werden zusätzlich bei der jeweiligen Sokrates-Nationalagentur für eine Unterstützung im Rahmen des EU-Programmes Comenius eingereicht. Bei dem ABC-Network handelt es sich um ein langfristiges Projekt zur Konkretisierung zukunftsweisender Schulkooperationsmodelle im Bereich

"Kreativitätsförderung und kulturelle Bildung" zwischen Österreich und den Ländern im mitteleuropäischen Raum. Im Mittelpunkt des ABC-Networks steht die pädagogisch-didaktische Herausforderung von "Grenzüberschreitung" u.a. im geographischen, thematischen und methodischen Sinn.

04.02.2002, Quelle und Rückfragehinweis: ÖKS Österreichischer Kultur-Service

Ungarn

Ungarische Haushaltshilfen für Deutschland

Deutsche Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen können ab Februar Haushaltshilfen aus Ungarn einstellen. Wie das Bundesarbeitsministerium am Mittwoch mitteilte, sollen Angehörige die Möglichkeit haben, künftig für bis zu drei Jahre eine Hilfe aus den EU-Beitrittsländern Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn zu beschäftigen. "Damit haben wir das Problem vieler Familien gelöst, die ihre pflegebedürftigen Angehörigen zu Hause rund um die Uhr betreuen müssen und niemanden finden, der ihnen im Haushalt hilft" sagte Arbeitsminister Walter Riester. Die Hilfskräfte würden in Zusammenarbeit mit den ostmitteleuropäischen Arbeitsämtern zugelassen, sozialversichert und in Vollzeit beschäftigt.

04.01.2002, www.budapester.hu

Győr jetzt offiziell Universitätsstadt

Seit dem 1. Januar darf sich die ehemalige István-Széchenyi-Hochschule zu Győr Universität nennen. Die offizielle Einweihungszeremonie findet im Rahmen eines Festaktes am 4. Februar um 10 Uhr im Nationaltheater statt. Zur Feierstunde werden unter anderem Ministerpräsident Viktor Orbán und József Pálincás, Minister für Unterricht und Kultur, erwartet. An 15 exponierten Plätzen der Stadt kündigen Großplakate diese Festveranstaltung an.

25.01.2002, www.budapester.hu

Ungarisches Pflegepersonal nach Deutschland

Seit Anfang Februar können Menschen aus den EU-Beitrittsstaaten Ungarn, Polen, Slowakei, Slowenien und Tschechien in deutschen Haushalten mit Pflegebedürftigen arbeiten, sofern keine Interessenten aus dem Inland gefunden wurden.

Wer eine ausländische Haushaltshilfe als Pflegekraft einstellen will, muss sich zunächst an das Arbeitsamt wenden. Wie die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit mitteilte, sind die freien Stellen zunächst bei den Ämtern zu melden. Dort erhielten Arbeitgeber auch die nötigen Vertragsformulare.

08.02.2002, www.budapester.hu

Billige Arbeitskräfte für Ungarn

Ungarn brauche frische und billige Arbeitskräfte, um seine Wirtschaftswachstum von fünf auf sieben Prozent pro Jahr zu erhöhen. Dies sagte Finanzminister Mihály Varga auf einer Konferenz des Budapest Business Clubs vergangene Woche. Die Wirtschaft des Landes nähere sich der Stufe, wo ihr Wachstum von Tendenzen des Arbeitsmarktes eingegrenzt werde. Mit dem Statusgesetz, das Auslandsungarn Vergünstigungen gewährt, habe die Regierung die richtigen Maßnahmen ergriffen, um die Attraktivität des Landes für Arbeitskräfte zu erhalten. Vor allem der EU-Beitritt, mit dem Varga 2004 oder 2005 rechnet, könne dem Land durch zusätzliche Investitionen eine wirtschaftliche Wachstumsrate zwischen fünf und sieben Prozent ermöglichen.

31.01.2002, www.budapester.hu

EU-FÖRDERPROGRAMME

Österreich

37,5 Millionen zur Förderung des ländlichen Raumes in NÖ

Verschiedene Initiativen und Projekte in den Grenzregionen werden im Rahmen der Regionalförderung durch finanzielle Mittel des Landes Niederösterreich und aus EU-Mitteln unterstützt. Mit weiteren 37,5 Millionen Schilling für 4 Vorhaben hat die NÖ Landesregierung in ihrer letzten Sitzung des Jahres weitere wichtige Impulse zur Stärkung des ländlichen Raumes gesetzt. Besonders die grenzüberschreitenden Vorhaben mit den Nachbarn, die bald Teil der EU sein werden, können wesentlich dazu beitragen, betont LAbg. Franz Hiller.

So werden allein für die Errichtung eines Info-Zentrums in Hainburg für den Nationalpark Donauauen 10,6 Millionen Schilling an Landes- und 18,5 Millionen an EU-Mitteln zur Verfügung gestellt. Dieses große Vorhaben sichert einerseits wichtige Arbeitsplätze in der Region, und gibt andererseits auch einen weiteren touristischen Impuls. Weiters werden Attraktivierungsmaßnahmen im Schigebiet Annaberg und das grenzüberschreitende Impulszentrum March-Thaya-Auen unterstützt. Durch die Förderung grenzüberschreitender Wirtschaftsaktivitäten können die jahrzehntelang an der toten Grenze gelegenen Regionen besonders profitieren, freut sich Hiller.

Das von Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll initiierte Fitnessprogramm für Niederösterreich wird mit voller Kraft fortgesetzt, um für die Herausforderungen der Zukunft optimal gerüstet zu sein. So werden besonders in der Wirtschaft, der Landwirtschaft, in der Bildung und im Verkehr wichtige Akzente für unser Land gesetzt, so Hiller.

22.12.2001, Quelle: OTS-Verteiler, Rückfragehinweis: VP Niederösterreich

Grenzüberschreitendes Projekt soll Kenntnisse in der Heizungs-, Lüftungs-, Klima- sowie Alternativtechnik vorantreiben

"Grenzüberschreitende Zusammenarbeit bringt für Niederösterreich wichtige Impulse in Bereichen der Aus- und Weiterbildung sowie im Kompetenzaufbau", stellt der Waldviertler Mandatar LAbg. Farthofer fest. Damit werde der technische Fortschritt gefördert, ein reger Informationsaustausch forciert und v.a. die Wege in Richtung EU-Osterweiterung geebnet. "Die Niederösterreicher sollen von den Tschechen profitieren und umgekehrt. Daher freut es mich besonders, dass wir in der letzten Regierungssitzung ein Kooperationsprojekt in der Heizungs-, Lüftungs-, Klima- sowie Alternativtechnik zwischen beiden Gebieten in die Niederösterreichischen Förderungen aufnehmen konnten. Als Eigenmittel stehen 10.900 Euro (rund 150.000 Schilling) zur Verfügung. Hinzu kommt die Förderung der EFRE in derselben Höhe, was eine Gesamtsumme von 21.800 Euro (300.000 Schilling) ausmacht. Förderempfänger ist die Landesberufsschule Zistersdorf, Projektpartner sind die NÖ Landesinnung für Sanität-, Heizungs- und Lüftungstechniker sowie deren Äquivalente in Vyskov sowie Brünn."

Das geförderte Zentrum bietet nahezu ideale Voraussetzungen für eine länderübergreifende Zusammenarbeit zwischen Schulungseinrichtungen und Unternehmen in Niederösterreich, Tschechien, aber auch der Slowakei und Ungarn. "Die Ziele, die das Projekt verfolgt reichen von der Angleichung im Ausbildungsbereich im Bereich der Heizungs- Lüftungs-, Klima- sowie Alternativtechnik bis hin zur Schaffung einer Kommunikationsplattform, die einen regen Informations- und Bildungsaustausch der wichtigsten Institutionen untereinander forcieren sollen.

Branchenspezifische Kenntnisse, die über Technisches weit hinausgehen, die Rechtliches oder sonstige Rahmenbedingungen betreffen, können so weitervermittelt werden", erläutert LAbg. Farthofer. Der Durchführungszeitraum des Projekts beginnt rückwirkend mit November 2001 und findet im April 2003 seinen Abschluss.

07.01.2002, Quelle: OTS-Verteiler, Rückfragehinweis: Landtagsklub der SPÖ NÖ

Umsetzung EU-Regionalpolitik im Rahmen von INTERREG IIIA

Die Gemeinschaftsinitiative INTERREG versteht sich als Programm zur Unterstützung grenzüberschreitender Zusammenarbeit. Einerseits soll die Kooperation zwischen den Grenzregionen innerhalb der EU unterstützt werden, andererseits wird insbesondere im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung versucht, Brücken zu den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten zu bauen. Gefördert werden insbesondere grenzüberschreitende Wirtschaftskooperationen inklusive Tourismus und Freizeitwirtschaft, grenzüberschreitende Organisationsstrukturen und Netzwerke sowie Natur- und Umweltschutzmaßnahmen inklusive National- und Naturparks.

Vor diesem Hintergrund hat die NÖ Landesregierung zuletzt zur Umsetzung der EU-Regionalpolitik 2000 bis 2006 in der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA für Bewilligungen von 2002 bis 2006

einen finanziellen Rahmen zur Aufbringung der erforderlichen nationalen Mittel in der Höhe von 5 Millionen Euro aus Regionalförderungsmitteln beschlossen.

Österreichweit werden für die Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA in den Subprogrammen für Tschechien, die Slowakei und Ungarn 50 Prozent der veranschlagten Gesamtprojektkosten in der Höhe von 156 Millionen Euro aus EFRE- bzw. nationalen Fördermitteln aufzubringen sein. In Niederösterreich sollen im Zeitraum 2000 bis 2006 Projekte mit Gesamtkosten von rund 14,5 Millionen Euro aus Mitteln der Regionalförderung kofinanziert werden. Somit sind für die gesamte Programmperiode voraussichtlich etwa 7,3 Millionen Euro aus Regionalfördermitteln aufzubringen. 08.01.2002, Quelle: Landespressedienst, Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Tschechien

25.2.2002 ist Deadline für PHARE CBC Ansuchen

Das Zentrum für regionale Entwicklung der Tschechischen Republik verkündigte Ende des vorigen Jahres ein neues Program PHARE CBC, das als Ein gemeinsamer Fond der kleinen Projekte (weiter GFKP) genannt wird. Das Programm wurde für alle Grenzgebiete der Tschechischen Republik verkündigt. Für Südböhmen sind Fond CZ9912 für tschechisch-österreichisches Grenzgebiet und Fond CZ9914 für tschechisch-bayerisches Grenzgebiet bestimmt. In Südböhmen werden im tschechisch-österreichischen Gebiet ins Programm alle nicht gewinnbildenden Subjekte eingeschlossen, die den Sitz in Jindřichův Hradec (Neuhaus), Budweis, Krummau ,Prachatitz und dem südlichen Teil des Kreises Strakonitz haben. Um die Beiträge können die Städte, die Gemeinden, Mikroregione, die Verbände der Städte und der Gemeinden, die Kammer der Fachleuten, die Schulen und Bildungsinstitutionen, Stiftungen und allgemein nützliche Gesellschaften, Bürgervereine und weitere Organisationen, die keinen Gewinn bilden und sich auf die Kultur, Sport und Bildung u.a. konzentrieren. Der letzte Tag für die Anleitung des Ansuchens ist der 25. Februar 2002.

10.01.2002, Českobudějovické listy

Slowakei

Phare für grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die für Fragen der europäischen Integration zuständige Vizepremierministerin der SR Mária Kadlečíková und der „chargé d'affaires“ der Vertretung der Europäischen Kommission in der Slowakei, Dieter Thiel, unterzeichneten die Memoranden für das Jahr 2002. Drei Memoranden in der Höhe von 12 Mio. EUR sind für Projekte bestimmt, welche sich mit der Intensivierung und Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit befassen.

Im Falle Polens handelt es sich um 4 Mio. EUR für die Entlastung der Zubringer zum Grenzübergang Trstená. Es besteht auch Interesse an der Eingliederung der Ukraine im Rahmen des Programms TACIS. Zwei Mio. EUR sollen zur Entwicklung des Verkehrs in der angrenzenden Region zu Ungarn beitragen. Am meisten – 6 Mio. EUR – wurde für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Österreich bestimmt; für Projekte im Bereich Umwelt, Verkehr und vor allem für den sog. Unternehmensinkubator in Malacky. Die Vizepremierministerin hat versichert, dass die Mitfinanzierung von der slowakischen Seite gesichert ist. Die Regierung wird sich mit 25 % beteiligen.

28.01.2002, Hospodarske noviny

VERKEHR

Tschechien

Die Bahnverbindung zwischen der Tschechischen Republik und Österreich

Die Bahnverbindung zwischen Slavonice und niederösterreichischer Stadt Fratres hörte mit dem Eisernen Vorhang auf, zu funktionieren. Die Zeit, wo die Züge auf dieser Bahn wieder fahren werden, ist schon nah. Der Bürgermeister von Telč Václav Jehlička, einer der Gründer des Verbandes „Die Ortsbahn Telč“, der sich für die Bahnverbindung nach Österreich einsetzt, schließt die Wiederherstellung der Bahn im Jahre 2003 nicht aus, da gerade in diesem Jahre das 100-ste Jubiläum der Bahnverbindung zwischen beiden Ländern gefeiert wird. In Frage kommt wahrscheinlich ein Termin erst nach dem EU-Beitritt, denn dann fallen die überflüssigen Kosten z.B. auf die Errichtung der Zollämter an der Grenze weg.

Die Wiederherstellung der Bahn, die auch Iglau mit Österreich verbinden wird, erfordert mehr als 100 Mil. Kronen. Die Schienen zwischen Slavonice und Fratres wurden nämlich in den 50-er Jahren aufgerissen.

27.12.2001, Blesk

Die Straße auf Schienen

České Budějovice: In einem Rahmenabkommen über die Zusammenarbeit Südböhmens und Oberösterreichs, das von den Hauptmännern Jan Zahradník und Josef Pühringer unterschrieben wurde, ist das Interesse an der Wiederherstellung der „Bahnstraße“ auf der sog. „Summeraubahn“ geäußert. Die Idee einer „Rolla“ wurde aufgegeben.

Die beiden Seiten sind an der Belebung dieser Idee interessiert, die für den steigenden Verkehr eine Entlastung bedeuten könnte, bemerkt dazu die Linzer Zeitung OÖ- Rundschau. Laut dieser Zeitung befasst sich mit dieser Idee z. Z. das österreichische Ministerium für Verkehrswesen.

28.12.2001, Listy Prachaticka

Ungarn

Ungarn hat Verkehrskapitel abgeschlossen

Vertreter der EU und Ungarns haben in Brüssel das Kapitel Verkehr der Beitrittsverhandlungen abgeschlossen, berichtete Verkehrsminister János Fónagy. Mit der Unterzeichnung des Dokuments sei nach den Worten des Ministers eine zwei Jahre lang andauernde harte Arbeit erfolgreich zu Ende geführt worden. Ungarn akzeptierte den Wunsch der EU, den Zugang zum ungarischen Gütertransportmarkt auf der Straße höchstens auf fünf Jahre beschränken zu dürfen.

07.01.2002, www.budapester.hu

UMWELT

Österreich

Um Umweltstandards dies- und jenseits der Grenze anzugleichen:

Zur Förderung des Projekts "Umwelt-EU-Regio (Weinviertel - Tschechien)" im Rahmen des Programms INTERREG IIIA Österreich - Tschechien beschloss die NÖ Landesregierung kürzlich die Genehmigung von 163.500 Euro aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE). Förderungsempfänger ist der Gemeindeverband für Aufgaben des Umweltschutzes im Bezirk Gänserndorf, der seinen Sitz in Hohenruppersdorf hat, Partner ist der Verband der Städte und Gemeinden Südmährens (Sdruženi mest a obci jižní Moravy) in Breclav.

Die bevorstehende EU-Osterweiterung schließt das östliche Weinviertel und die Nachbarn in Tschechien und in der Slowakei wieder zusammen. Das gilt auch für den Umweltschutz, für den es freilich sehr unterschiedliche Standards gibt. In Tschechien bzw. in der Slowakei gibt es in den Haushalten nur eine rudimentäre Abfalltrennung. Die Deponien werden noch immer unzureichend gesichert betrieben, dazu wird Müll einfach irgendwo in der Landschaft abgekippt. Den Umweltstandard langfristig anzugleichen, also den tschechischen und den slowakischen an den österreichischen anzuheben, ist das langfristige Ziel. Auch soll die Bevölkerung in diesen Ländern über österreichische Umweltstandards aufgeklärt werden. Den Kommunen soll das Umwelt-Management-Know-how des Gemeindeverbandes zugänglich gemacht und durch einen gemeinsamen Projektausschuss ein nachhaltiger Erfahrungsaustausch aufgebaut werden. Zunächst sollen in Österreich Lösungen für kommunale Probleme erarbeitet werden, die man anschließend auch den Nachbarn zur Verfügung stellen will. Mit drei Versuchssammlungen mit gefährlichen Abfällen aus Haushalten sollen konkrete, anschauliche Vorbilder geschaffen werden.

Vom Gemeindeverband wird gemeinsam mit einem externen Berater ein Konzept erstellt und dann umgesetzt. Mit Informationsveranstaltungen sollen die Menschen aufgeklärt und so den tschechischen und slowakischen Gemeinden vorgezeigt werden, wie Schritt für Schritt eine getrennte Sammlung von Alt- und von Problemstoffen auch auf einem niedrigeren wirtschaftlichen Niveau eingeführt werden kann. Die Durchführung des Projekts endet mit Dezember 2003.

11.02.2002, Quelle: NÖ Landeskörrespondenz, Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Slowakei

Es sollten 50 % des Abfalls wiederverwertet werden

Das „Programm der Abfallwirtschaft der SR bis 2005“ befindet sich in der Begutachtungsphase. Es ist das Grundkonzept, das die Ziele der Abfallwirtschaft festlegt. Von diesem werden die Programme der Kreise, Bezirke, Gemeinden und der Unternehmen abgeleitet werden.

Es besteht aus einem verpflichtenden und einem Richtteil, wobei die Nicht-Ausarbeitung bzw. Nichtbefolgung des verpflichtenden Teiles für die Bezirks-, Gemeinden- und Unternehmensprogramme sanktioniert wird. Der verpflichtende Teil der Gemeinde muss Angaben zur voraussichtlichen anfallenden Abfallmenge und dem zu wiederverwertendem Teil enthalten. Einen Bestandteil des Richtteiles sollen die Vorhaben zum Aufbau neuer Anlagen zur Abfallaufbereitung und das Budget für den gegebenen Zeitraum bilden.

Das Grundvorhaben des Programms in der Kommunalosphäre bis 2005 ist es zu sichern, dass 50 % des Kommunalabfalls wiederverwertet werden. Davon sollte 35 % die Materialverwertung und 15 % die energetische Verwertung betragen. Die Lagerung des biologischen Abfalls sollte gegenüber dem Jahr 2000 um 30 % sinken und seine Verbrennung um 10 % und zwar so, dass bis 2005 35 % des biologischen Abfalls kompostiert werden könnten. Die Investitionskosten zur Erreichung dieser Ziele werden auf 12 Milliarden Sk geschätzt, wobei die Wiederverwertung der Abfälle mit einer Summe von etwa 4 Milliarden Sk der Wiederverwertungsfond unterstützen sollte. Von den örtlichen Beiträgen für die Sammlung, Transport und Beseitigung von Kommunalabfällen und von kleinen Bauabfällen sollten sogar 9 Milliarden Sk stammen.

31.01.2002, Hospodárske noviny

Ungarn

Ungarn will erneuerbare Energie stärker nutzen

Ende dieses Jahrzehnts möchte Ungarn die Nutzung seiner erneuerbaren Energie verdoppeln. Momentan sind es nur 3,6 Prozent Energie dieses Typs, die in Ungarn genutzt werden, im Vergleich zu sechs Prozent in der EU, berichteten Experten. Die Wissenschaftler hatten sich zu einer zweitägigen Konferenz in Hárkány getroffen, um die Möglichkeiten der Nutzung von Erdwärme im Land zu diskutieren. Es sei notwendig, die Verhältnismäßigkeit anzupassen, sagte Ferenc Bohoczky, Chefberater im Wirtschaftsministerium. Dies sei nicht nur für die inländische Wirtschaftspolitik erforderlich, sondern auch eine Forderung für einen EU-Beitritt.

25.01.2002, www.budapester.hu

Metro-Kette führt Mülltrennung ein

Die Grosshandelskette Metro startet in diesen Tagen ein Mülltrennungsprogramm, von dem sie besseren Umweltschutz, aber auch steigende Umsätze erwartet. Bis Ende des ersten Quartals werden in den elf ungarischen Metro-Kaufhäusern Sammelplätze eingerichtet, wo nicht nur die Kunden die Gelegenheit erhalten sollen, Papier, Kunststoff, Glas und alte Haushaltsgeräte in den aufgestellten Containern kostenlos zu deponieren. Die Metro-Kette trennt ihren Müll seit der Eröffnung ihres ersten Kaufhauses in Ungarn 1994. Pro Jahr entsorgt die Firma durchschnittlich 3350 Tonnen Papier, 470 Tonnen Plastikfolie und 1250 Tonnen kommunalen Abfall im Jahr. Durch die Öffnung für die Bevölkerung wird eine 25-prozentige Erhöhung der Abfallmengen erwartet.

01.02.2002, www.budapester.hu

WIRTSCHAFT

Österreich

Jour-Fixe-Treffen zwischen Österreich und Tschechien in Prag

Von 17. - 18. Dezember 2001 findet in Prag das halbjährliche bilaterale Jour-fixe-Treffen zwischen Österreich und der Tschechischen Republik statt. Im Mittelpunkt der Kontaktgespräche stehen die Entwicklung des bilateralen Warenverkehrs, aktuelle WTO-Themen und EU-Erweiterungsfragen. Darüber hinaus werden auch eine Reihe spezifischer tschechischer und österreichischer Fragen behandelt, u. a. konkrete Firmenanliegen und Verkehrsthemen. Die österreichische Delegation steht unter der Leitung von Sektionschef Mag. Josef Mayer, Leiter der Sektion "Außenwirtschaftspolitik und Europäische Integration" im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, die tschechische Delegation wird von Vizeminister DI Vaclav Petricek vom tschechischen Ministerium für Industrie und Handel geleitet.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und der Tschechischen Republik haben sich seit der politischen Wende sehr positiv entwickelt. Das Handelsvolumen zwischen Österreich und Tschechien erreichte Ende 2000 eine Summe von 53.948 Millionen Schilling (3.920,6 Millionen Euro), bis Ende August 2001 38.453 Millionen Schilling (2.794,5 Millionen Euro).

Tschechien ist nach Ungarn der zweitwichtigste Handelspartner Österreichs in Mittel- und Osteuropa. Die österreichischen Exporte nach Tschechien beliefen sich in den ersten acht Monaten dieses Jahres auf 19.116 Millionen Schilling (1.389,2 Millionen Euro), während sich die Importe aus der Tschechischen Republik auf 19.337 Millionen Schilling (1.405,3 Millionen Euro) erhöhten. Erstmals seit der Wende übersteigt der Wert der tschechischen Importe nach Österreich jenen der österreichischen Exporte in die Tschechische Republik.

Als Auslandsdirektinvestor kann Österreich weiterhin seine Stellung auf Platz 3 in Tschechien behaupten. Nach dem Rekordjahr 2000, das v. a. von der Übernahme der Mehrheit an der zweitgrößten tschechischen Bank, der Ceska Sporitelna, durch die Erste Bank beeinflusst worden war, betragen die Neuinvestitionen österreichischer Unternehmen im 1. Halbjahr 2001 125,2 Millionen Euro. Die engen Wirtschaftsbeziehungen zu Tschechien werden laufend durch die starke Teilnahme von hier tätigen Unternehmen mit österreichischer Kapitalbeteiligung an Tschechiens Wirtschaft unterstrichen. Neben dem starken Engagement österreichischer Banken sind vor allem die Aktivitäten der Bausparkassen, Leasingunternehmen, Versicherungen, Werbeunternehmen, Personalberater und Immobilienentwickler zu hervorzuheben.

17.12.2001, Quelle und Rückfragehinweis: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Wirtschaftsgespräche Österreich - Slowakei

Am 22. Jänner 2002 findet in Bratislava ein bilaterales Treffen zwischen Wirtschaftsdelegationen aus Österreich und der Slowakei statt. Die österreichische Delegation steht unter der Leitung von Sektionschef Mag. Josef Mayer, Leiter des Centers 2 "Außenwirtschaftspolitik und Europäische Integration" im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, die slowakische Delegation wird von Staatssekretär DI Peter BRNO des slowakischen Wirtschaftsministeriums geleitet. Im Mittelpunkt der Kontaktgespräche stehen die Entwicklung des bilateralen Warenverkehrs, aktuelle WTO-Themen und EU-Erweiterungsfragen. Darüber hinaus werden konkrete Firmenanliegen und andere spezifisch österreichisch-slowakische Fragen behandelt.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und der Slowakischen Republik entwickeln sich positiv: Der bereits im Jahr 2000 eingesetzte Anstieg der österreichischen Exporte in die Slowakei hat sich im Vorjahr fortgesetzt: In den ersten zehn Monaten konnte ein Zuwachs der österreichischen Exporte von 20,3 % verzeichnet werden. Die slowakischen Lieferungen haben sich in derselben Periode mit einem Plus von 10,8 % weiter dynamisch entwickelt. Im Zeitraum Jänner bis Oktober 2001 konnte ein Handelsvolumen von 1.714, 5 Millionen Euro (knapp 23,6 Milliarden Schilling) erreicht werden.

Die österreichischen Exporte in die Slowakei beliefen sich in den ersten zehn Monaten des Jahres 2001 auf 761,3 Millionen Euro (10.476 Millionen Schilling). Damit liegt die Slowakei als Lieferland innerhalb Osteuropas nach Ungarn, Tschechien und Russland an vierter Stelle. Die Importe aus der Slowakei betragen im selben Zeitraum 953,1 Millionen Euro (13.116 Millionen Schilling), somit nimmt die Slowakei als Bezugsland nach Ungarn, Tschechien, Slowenien und Polen den fünften Platz innerhalb Osteuropas ein. Weltweit betrachtet ist die Slowakei der vierzehntwichtigste Handelspartner Österreichs.

Beachtliche Zuwächse konnten bei den österreichischen Direktinvestitionen in die Slowakei verzeichnet werden: Österreich zählt neben Deutschland nach wie vor zu den wichtigsten Auslandsinvestoren. Das österreichische Engagement ist in erster Linie auf zahlreiche Klein- und Mittelbetriebe aufgeteilt und geht quer durch alle Branchen.
(22.01.2002, Quelle und Rückfragehinweis: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit)

Große Chancen für Österreich durch EU-Osterweiterung

Im Jahr 2000 haben Investitionen der österreichischen Wirtschaft in den Beitrittskandidatenländern insgesamt etwa 5,1 Mrd Euro erreicht. Damit zählt Österreich zu den wichtigsten Investoren in diesen Ländern. Dadurch möchte die heimische Wirtschaft vor allem neue Märkte erschließen, was sich wiederum positiv auf den Export - schon heute gehen 20% der österreichischen Exporte nach Osteuropa - und auf die Beschäftigung in der Industrie auswirkt. "Die österreichischen Unternehmen haben die Möglichkeiten einer potenziellen Osterweiterung bisher optimal genutzt", ist Dr Erhard Busek, Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa, überzeugt und "die Anstrengungen müssen fortgesetzt werden, denn die wirtschaftliche Entwicklung in Ländern wie Slowenien, Tschechien oder Ungarn schreitet rasant voran." Slowenien hat, was das pro-Kopf-Einkommen betrifft, Portugal und Griechenland bereits überholt. "In wirtschaftlich starken Grenzregionen dieser Länder (zum Beispiel Budweis oder Celje) entsteht hinsichtlich von Investitionen bereits eine "Sogwirkung" dorthin, was für die heimischen Grenzregionen von Nachteil ist, da Betriebe abwandern und somit Arbeitsplätze verloren gehen", stellt Busek bei der Industrieveranstaltung in Baden fest. In diesem Zusammenhang ist dafür Sorge zu tragen, dass die Regionalförderung, anders als bisher, optimal genutzt wird.

Nachholbedarf sieht Busek vor allem im heimischen Infrastrukturbereich. "Die Verkehrsanbindung an die östlichen Nachbarländer sei praktisch nicht existent. Die Probleme liegen dabei weniger in den Nachbarländern, als vielmehr in Österreich, wo Gleise vor der Grenze enden und Autobahnanschlüsse fehlen", so Busek.

Für Österreich und die österreichische Wirtschaft bietet die Osterweiterung zahlreiche Chancen. Aufgrund der geographischen Lage wird sich der Beitritt der Kandidatenländer zur EU auf die Absatzchancen der österreichischen Industrie jedenfalls positiv auswirken. Dafür ist die dynamischere Kaufkraftentwicklung und der höhere Investitionsbedarf, etwa in den Bereichen Umwelt-, Energie- und Verkehrsinfrastruktur, in Mittel- und Osteuropa ausschlaggebend.

Darüber hinaus erwartet Busek, dass "sich auch die politischen Schwergewichte in die Mitte Europas verschieben." Die derzeit noch bestehenden Wettbewerbsverzerrungen, zum Beispiel hinsichtlich der Verbrauchersteuer-Mindestsätze sowie zahlreicher Umwelt- und Sicherheitsstandards, müssen von den Beitrittskandidaten abgebaut werden.

Angesprochen auf die Stimmung in der Bevölkerung zur EU-Osterweiterung meint Busek, "die Bedürfnisskala und die Besorgnisskala sind total unterschiedlich. Die Österreicher haben eine pragmatische Einstellung zur Osterweiterung, mit der ohnehin alle rechneten. Wesentlich sei die Vorbereitung auf die damit verbundenen Herausforderungen."

28.01.2002, Quelle und Rückfragehinweis: Wirtschaftskammer Österreich

Wirtschaftspark in Marchegg wird nun realisiert

Die Errichtung des Wirtschaftsparks in Marchegg (Bezirk Gänserndorf) kann nun in Angriff genommen werden: Im NÖ Landhaus in St.Pölten wurde heute für dieses Projekt die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Niederösterreich, der Eco Plus und der Stadtgemeinde Marchegg unterzeichnet.

"Wir wollen damit einen attraktiven Standort auch zu einen modernen und zukunftssträchtigen Standort machen und für zusätzliche wirtschaftliche Impulse in der Grenzregion sorgen", so Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, der in der Realisierung dieses Wirtschaftsparks eine weitere wichtige Initiative sieht, die Region und das Land Niederösterreich bestmöglich auf die EU-Erweiterung vorzubereiten und die Chancen dieser Erweiterung optimal zu nutzen. Bereits im März dieses Jahres wird mit den Aufschließungsarbeiten begonnen, Mitte des Jahres soll es die ersten Ansiedlungen auf dem 44 Hektar großen Areal geben. Die Investitionen der mit der Umsetzung des Projektes beauftragten Regionale Entwicklungsagentur Eco Plus werden sich auf 12,3 Millionen Euro belaufen.

Für Landesrat Ernest Gabmann ist der Aufbau von Clusternetzwerken ein Schwerpunkt in der niederösterreichischen Wirtschafts- und Technologiepolitik. Der Wirtschaftspark in Marchegg für modernste Fahrzeugkomponenten, der u.a. als Zulieferpark für das in Devinska Nova Ves (nördliches Bratislava) angesiedelte VW-Werk fungieren wird, stelle dabei eine wichtige Säule dar. Langfristig erwartet er sich von diesem "Leitprojekt der Regionalentwicklung" enorme Impulse im nordöstlichen Niederösterreich. Gabmann: "Wir rechnen damit, dass sich langfristig hier 40 bis 50 Betriebe ansiedeln und bis zu 3.000 Arbeitsplätze schaffen."

Gerade im Hinblick auf die EU-Erweiterung forcieren Niederösterreich zukunftssträchtige Betriebe mit zukunftssträchtigen Arbeitsplätzen, so der Landeshauptmann. "Niederösterreich hat sich deshalb als

einziges Bundesland frühzeitig auf die Entwicklung vorbereitet und im Rahmen des Fitness-Programms für die Grenzregionen seit 1998 bereits 75 Regionalprojekte gestartet bzw. umgesetzt und dafür 47 Millionen Euro aufgewendet, die ein Investitionsvolumen von 140 Millionen Euro ausgelöst haben", so der Landeshauptmann. Dennoch sei noch viel zu tun, vor allem beim Ausbau der Infrastruktur. Pröll kündigte in diesem Zusammenhang auch die Errichtung einer Brücke über die March an. Die Verfahrensabwicklung für dieses 4,36 Millionen Euro-Projekt wird noch heuer erfolgen, mit dem Bau soll 2003 begonnen werden.

28.01.2002, Quelle: Landeskorespondenz, Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Tschechien

Dank der harten Krone werden mehr Leute arbeitslos

Vorige Woche wurde die Tagung der Bürgermeister ausgetragen. U.a. trat hier mit seinem Beitrag der Direktor des Arbeitsamtes aus Prachatitz František Klíma auf. Er sprach über die Struktur der Arbeitslosigkeit und zeigte auch seine Befürchtungen vor der kommenden Depression. „Die harte Krone bringt die Rationalisierung der Produktion in einzelnen Betrieben mit sich und das könnte zu der weiteren Entlassung der Leute führen,“ sagte er und ergänzte, dass die Arbeitslosigkeit am Ende Januar 2002 noch steigen wird. Das ist auch im November 2001 passiert – in dieser Zeit stieg die Arbeitslosigkeit um 0,2% - auf 6,2%. Wenn wir aber unseren Kreis mit dem Durchschnitt der Tschechischen Republik vergleichen, dann schneiden wir hier noch gut ab. Unsere Arbeitslosenrate ist nämlich um 2% niedriger als der Durchschnitt in der Tschechischen Republik ausmacht,“ sagt er. Diese Tatsachen hat er noch ergänzt, indem er darauf hingewiesen hat, dass es im Vergleich mit Deutschland und Österreich hier keinen Grund zum Feiern gibt. „Auf meinem Tisch liegt ein Abkommen zwischen der Tschechischen Republik und Österreich über die gegenseitige Einstellung der Leute. Ihr Verabschiedung sollte ein besseres Regime für Pendler bringen. Ihre Bedingungen sollten dann in Österreich ähnlich wie in Deutschland sein,“ machte Klíma die anderen Teilnehmer der Tagung mit den Neuigkeiten bekannt.

18.12.2001, Listy Prachaticka

Slowakei

Staatliches Geld für Entwicklungsprogramme

Mit den 452 Mio. Sk (2001 waren es 500 Mio. Sk) aus dem Staatsbudget für das Jahr 2002 für das Programm des Aufbaus der Industrieparks sollen vor allem Arbeitsgelegenheiten geschaffen werden. Die Finanzmittel werden in Form von Dotierungen Städten und Gemeinden zur Verfügung gestellt, auf deren Gebiet ein Bau solcher Produktionsareale geplant oder durchgeführt wird. Das Programm für den Aufbau von Industrieparks ist eines der fünf Programme in den Kapiteln des Wirtschaftsministeriums der SR und des Allgemeinen Kassenberichtes, die sich an die Unterstützung der unternehmerischen Aktivitäten konzentrieren. Das nächste ist das Programm für die Unterstützung der Unternehmen, dem 367,2 Mio. Sk zugeteilt wurden (gegenüber den 83,6 Mio. Sk im Jahr 2001), das auch zur Senkung der Arbeitslosigkeit beitragen soll. Das Programm für direkte ausländische Investitionen kann mit 255 Mio. Sk rechnen (letztes Jahr 30 Mio. Sk), es soll zur Steigerung der Qualität und der Konkurrenzfähigkeit der slowakischen Sublieferanten und zur Erhöhung der ausländischen Investitionen beitragen. Das Programm der Unterstützung der Industrieforschung und –entwicklung für 186,1 Mio. Sk (letztes Jahr 196 Mio. Sk) soll helfen, den Export zu steigern, den Import durch konkurrenzfähige slowakische Produkte zu ersetzen und den Mehrwert der slowakischen Produkte zu steigern. Das Programm für die Entwicklung des Fremdenverkehrs mit einem Budget von 263 Mio. Sk (67 Mio. Sk im letzten Jahr) orientiert sich an den unternehmerischen Aktivitäten im Bereich der Infrastrukturentwicklung für den Fremdenverkehr.

04.01.2002, Hospodárske noviny

Ungarn

"EURO-fit"

Die Ungarn haben den EURO als neue Europawährung "adoptiert" und stehen der neuen Währung nicht nur positiv gegenüber, sondern sind auch bereits versiert im Umgang damit.

21.01.2002, OTS-Verteiler, Rückfragehinweis: Ungarisches Tourismusamt

Philips eröffnet Regionalzentrum in Győr

CFT, der Industrielle Forschungszeitung des niederländischen Konzerns Philips, hat sein erstes ostmitteleuropäisches Regionalzentrum in Győr eröffnet. Die 60 Mann starke Belegschaft des Zentrums werde Consulting und Logistik-Serviceleistungen für die Infrastruktur von Philips und deren Hauptlieferanten in den Nachbarländern anbieten, sagte Frank Bosboom, der Leiter des Zentrums. 25.01.2002, www.budapester.hu

Audi in Győr - Erfolgreiches Jahr für Motorenfabrik

Die Audi Hungaria Motor Kft. kann auf ein äußerst zufriedenstellendes Jahr 2001 zurückblicken. Die Firmenleitung gab in der vergangenen Woche die offiziellen Produktionszahlen bekannt, wobei die Ergebnisse des vergangenen Jahres durchweg positiv zu bewerten sind. In der Motorenproduktion konnte im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von rund 15 Prozent auf mehr als 1,2 Millionen Einheiten verzeichnet werden; dies bedeutet, dass im Jahr 2001 mehr Motoren als je zuvor in der Unternehmensgeschichte produziert wurden. Der größte Anteil entfiel hierbei mit mehr als 900.000 Stück auf die Vierzylindermotoren, die Sechszylinderaggregate werden mit rund 270.000 und die Achtzylindermotoren mit rund 15.000 beziffert. Die Fahrzeugproduktion konnte auch im Jahr 2001 auf hohem Niveau gehalten werden: Die Sportwagen Audi TT Coupé und TT Roadster, die im Fertigungsverbund mit Ingolstadt hergestellt werden, brachten es zusammen auf eine Gesamtzahl von rund 40.000 Stück. Darüber hinaus wurden im Auftrag des Ingolstädter Mutterunternehmens knapp 16.000 Audi A3 im Győrer Werk montiert. 28.01.2002, www.budapester.hu

Ungarische Ausfuhren hängen von deutscher Industrie ab

Einer aktuellen Studie des Weltwirtschaftsforschungsinstituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften zufolge weisen die ungarische und die deutsche Wirtschaft enge strukturelle Verbindungen aus. Die ungarischen Ausfuhren nach Deutschland werden langfristig mit dem Trend der dortigen Industrieproduktion zusammenhängen. Kurzfristig gesehen werden sie vor allem vom Realkurs des Forints und der deutschen Kapitaleinfuhr abhängen. Der Studie zufolge ist die ungarische Wirtschaft bereits schon heute EU-abhängig. 31.01.2002, www.budapester.hu

Mitsubishi plant Milliardeninvestition

Der japanische Autokonzern Mitsubishi erwägt nach Informationen der Wirtschaftszeitung Napi Gazdasag offenbar, eine Verarbeitungsanlage für Aluminium im Industriepark von Várpalota zu errichten. Die Anlage würde mehrere Milliarden Forint kosten. Nach vorläufigen Plänen soll die Anlage einige japanische Autohersteller, darunter Suzuki, in Europa mit Rohmaterial beliefern. Das Werk würde etwa 1000 Arbeitsplätze schaffen. So die mit dem Projekt verbundenen Gespräche erfolgreich verlaufen, könnte die Anlage noch in diesem Jahr betriebsbereit sein. Die Gemeindeverwaltung von Várpalota bestätigte bisher nur, dass ein japanischer Investor ein derartiges Projekt plane. 31.01.2002, www.budapester.hu

Bruttoinlandsprodukt soll 2002 langsamer steigen

Das Wirtschaftsforschungsinstitut GKI sagt ein langsames Wachstum des Bruttoinlandsproduktes voraus. Man rechne mit einem Plus von 3,5 Prozent für das Jahr 2002, was etwas weniger als letztes Jahr sei, so Miklos Hegedüs, Direktor von GKI. Nach Schätzungen des Instituts habe das Vorjahreswachstum etwa 3,8 Prozent betragen. Bei der Wirtschaftsproduktion rechnet GKI mit einem Wachstum von drei Prozent. Im Jahr 2000 waren es noch 18,6 Prozent gewesen. 31.01.2002, www.budapester.hu

Standort Ungarn in Gefahr?

Muss Ungarn um seine gute Stellung als Wirtschaftsstandort im mittel-osteuropäischen Raum bangen? Eine kürzlich veröffentlichte Studie der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer erbrachte, dass das Land für ausländische Investoren aufgrund hoher Steuern und steigendem Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften zunehmend unattraktiv werde. Laut Studie beklagten sich viele der befragten deutschen Unternehmen in Ungarn über die hohen sozialen Abgaben, die in Deutschland 20 Prozent des Brutto-Lohns ausmachten, in Ungarn jedoch 35,5 Prozent. Auch sei das Lohnniveau der Ungarn im Vergleich zu den anderen Ländern in der Region sehr hoch. So erhalte ein ungarischer Arbeitnehmer durchschnittlich rund 348 Euro brutto monatlich. Demgegenüber liege der Durchschnittslohn in der Slowakei bei etwa 261 Euro, in Rumänien gar bei rund 166 Euro. Ferner verweist die Studie auf akute Engpässe bei der Einstellung ungarischer Facharbeiter. 31.01.2002, www.diepresse.at

Ungarn verschärft Devisenbestimmungen

Beträge ab einer Million Forint müssen bei Einreise deklariert werden. Reisende, die Geldbeträge in der Höhe von mehr als einer Million Forint (4.115 €, 56.627 S) mit sich führen, müssen diese ab sofort an der ungarischen Grenze deklarieren. Dies teilte das Ungarische Tourismusamt in einer Aussendung mit. Diese Maßnahme solle das Verschieben von Schwarzgeld aus illegalen Transaktionen erschweren.

Erst im Juni vergangenen Jahres waren sämtliche Beschränkungen aufgehoben worden. Nun müssen größere Summen wieder bei der Ein- und Ausreise an der Grenze angegeben werden. Wer sich nicht an diese Bestimmung hält, muss mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen, wurde gewarnt.

05.02.2002, www.apa.at

Industriewachstum bei lediglich vier Prozent

Den Vorab-Daten des Statistischen Zentralamts (KSH) zufolge lag das Wachstum der Industrieproduktion im vergangenen Jahr bei lediglich 4,1 Prozent. Die Analysten sind der Meinung, dass sich die Stagnation der Produktion im ersten Halbjahr 2002 fortsetzen wird. Erst in der zweiten Jahreshälfte wird mit einer Wachstumsbeschleunigung gerechnet.

08.02.2002, www.budapester.hu

Verkaufszahlen steigen kaum bei Brau Union Hungária

Im vergangenen Jahr konnte die Brau Union Hungária kaum ihre Verkaufszahlen anheben, geht aus dem vor kurzem veröffentlichten Schenllbericht der österreichischen Brau Union AG hervor. Die Menge des verkauften Biers ist im vergangenen Jahr in Ungarn auf 1,945 Mio. Hektoliter angestiegen, das sind 10.000 Hektoliter mehr als im Jahr 2000. Das Wachstum liegt damit unter einem Prozent.

08.02.2002, www.budapester.hu

Széchenyi-Kreditkarten für 75.000 Unternehmer

Berechnungen zufolge werden in diesem Jahr ungefähr 75.000 mittelständische Unternehmen die Széchenyi-Kreditkarte in Anspruch nehmen, die in zwei Monaten herausgegeben werden soll. Der Staat stellt für diese neue Einrichtung Unterstützungen von etwa zwei Mrd. Ft zur Verfügung. Die Unternehmen können mit dieser Karte Schnellkredite von bis zu einer Mio. Ft in Anspruch nehmen.

08.02.2002, www.budapester.hu

REGIONALENTWICKLUNG

Österreich

Für eine abgestimmte, wirtschaftliche Regionalentwicklung

Mit den Teilregionen Zentralraum St.Pölten-Krems, Donauraum, Tullner Feld, Wienerwald und Voralpen hat sich erst vor kurzem die Region NÖ-Mitte als eine Hauptregion Niederösterreichs konstituiert. Mit einem Regionalwirtschaftlichen Entwicklungskonzept soll den beteiligten Gebieten nun auch eine gemeinsame Arbeitsbasis für eine abgestimmte Regionalentwicklung zur Verfügung gestellt werden. Das Regionalwirtschaftliche Entwicklungskonzept NÖ-Mitte soll vorhandene Strukturen und Potentiale sowie darauf aufbauende Entwicklungsmöglichkeiten und -strategien aufzeigen. Es fußt auf den fünf Säulen einer Analyse der sozio-ökonomischen Strukturen, der Einbindung wichtiger regionaler Akteure, auf Entwicklungsvorstellungen und Planungen, der Konzipierung einer regionalen Entwicklungsstrategie sowie konkreten Maßnahmen und Schlüsselprojekten.

Mit der Erarbeitung beauftragt wurden die ÖAR-Regionalberatung GmbH und die ÖIR Region & Entwicklung Beratungsges.m.b.H. Gemeinsam mit regionalen Akteuren und Entscheidungsträgern werden derzeit die nötigen Untersuchungen und Arbeiten durchgeführt. In mehreren Regionalforen und Workshops in den Teilregionen wird laufend über Stand und Ergebnisse vor Ort informiert. Im Zuge dessen können auch Inputs geliefert und Meinungen ausgetauscht werden. Der Abschluss des Regionalwirtschaftlichen Entwicklungskonzepts NÖ-Mitte ist für Oktober 2002 geplant.

10.12.2001, Quelle und Rückfragehinweis: Regionaler Entwicklungsverband NÖ-Mitte

Österreichische Eisenstraße: 2002 zahlreiche Projekte geplant

Die Stärkung der regionalen Struktur, die Vernetzung verschiedener Bereiche wie Kultur, Gesundheit, Tourismus, Landwirtschaft und Landschaft und die Förderung von Initiativen zur Erhaltung der Lebenskultur in der Region gehören zu den wesentlichsten Aufgaben des Vereins Kulturpark Eisenstraße-Ötscherland - auch Mitglied der im September dieses Jahres gegründeten Arbeitsgemeinschaft der Österreichischen Eisenstraße. Auf Basis dieser Kooperation sollen im kommenden Jahr in den drei bundesländerübergreifenden Eisenstraßen-Regionen weitere Initiativen und Projekte für zusätzliche Impulse in diesem Kultur- und Wirtschaftsraum sorgen. Dazu gehören der Aufbau einer Arbeitsstruktur und die Vernetzung der Österreichischen Eisenstraße ebenso wie die Durchführung einer Schwerpunktveranstaltung je Bundesland und die Erstellung eines Internetportals. Des Weiteren sind die Erstellung eines Entwicklungsrahmens für die Museen und Eisenstraßewirte, die Ausdehnung der Vermarktung regionaler Handwerkswaren auf alle drei Bundesländer und die Intensivierung der Incomingaktivitäten vorgesehen. Auch die Vorarbeit für die Bewerbung als UNESCO-Weltkulturerbe wie zum Beispiel durch die "Dokumentation Eisenstraße" soll eingeleitet werden.

Kräftigen Rückenwind erhalten die Initiativen in den Eisenstraßenregionen durch die Anerkennung als Leader-Plus-Region. Bis 2006 können Projekte somit auch mit EU-Fördermitteln, die durch Bundes- und Landesmittel erhöht werden, realisiert werden.

21.12.2001, Quelle: NÖ Landeskorrespondenz, Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Grenzüberschreitendes Impulszentrum March-Thaya-Auen

Für das Euro Fit-Projekt eines Grenzüberschreitenden Impulszentrums (GIZ) March-Thaya-Auen in Hohenau an der March hat die NÖ Landesregierung bei ihrer letzten Sitzung 149.887,75 Euro Förderung bewilligt. 40.878,50 Euro davon stammen aus Regionalförderungsmitteln, die restlichen 109.009,25 Euro sind EU-Fördermittel über die Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA/Niederösterreich - Tschechien. In Summe beläuft sich das bis Dezember 2004 terminisierte Vorhaben auf Kosten von 218.018,50 Euro, der Startschuss soll im März erfolgen.

Die wesentlichsten Ziele des GIZ in Hohenau an der March liegen in der Förderung grenzüberschreitender wirtschaftsnaher Aktivitäten, der Thematisierung der bevorstehenden EU-Osterweiterung, dem Abbau von Vorurteilen in der Bevölkerung und der Vermittlung der Besonderheiten der Region beiderseits der Grenze.

In einem sozio-kulturellen Schwerpunkt sollen im April jährlich in Drösing ein Weidenfest, im Juni jährlich in Marchegg ein Storchenfest und im September jährlich Feste zum Weinherbst abgehalten werden. Im Juni findet ein slowakisch-österreichisches Naturfilmfestival statt, ab November gibt es jährliche Vortragsreihen zum Thema March-Thaya-Auen. Auch an verstärkte Schulkooperationen und regelmäßige Feste mit Musikern und Kunsthandwerkern aus Ost und West ist gedacht.

Im Rahmen des wirtschaftlichen Schwerpunktes werden ab März Fachexkursionen für Landwirte bzw. Gewerbetreibende organisiert und im Juni sowohl digital als auch in einer Broschüre die Zollbestimmungen und Wirtschaftsdaten des Grenzraumes dargelegt. Eine kleinregionale Wirtschaftsmesse im Dreiländereck soll ebenso unterstützt werden wie das regionale Bildungsangebot im Bereich "Grenzüberschreitend arbeiten". Unter dem Titel "Osterweiterung im Gespräch" werden Vorträge mit Meinungsführern und Experten abgehalten. Ab März/April schließlich soll auch eine mehrsprachige Internet-Homepage zur Verfügung stehen.
03.01.2002, OTS-Verteiler) (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Casinos Austria und Kommunalkredit fördern grenzüberschreitende Projekte

Direktor Gerhard Skoff, Casinos Austria, Vorstandsmitglied Gerhard Gangl, Kommunalkredit Austria AG, und Gerhard Silberbauer, EU-Erweiterungsbeauftragter des Landes Niederösterreich laden zu einem Pressegespräch: am Mittwoch, 23.1.2002 um 10.00 Uhr in das Parkrestaurant Casino Baden (Eingang über Kurpark).

Thema: Sponsoring des EUREGIO Innovationspreises, Start der Ausschreibung 2002. Der Preis gilt für Niederösterreicher, die mit Projektträgern aus den Nachbarländern gemeinsame Vorhaben umsetzen wollen.

Das EUREGIO forum ist ein Netzwerk der NÖ Regionalmanagements und ihrer Partnerorganisationen in Tschechien, der Slowakei und Ungarn. Es soll mithelfen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Entwicklung nachhaltig zu festigen.

21.01.2002, Quelle und Rückfragehinweis: EUREGIOforum

EUREGIO forum für grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Innovationspreis und umfangreiches Jahresprogramm

Im Rahmen einer Pressekonferenz im Congresscasino Baden präsentierten heute die Regionalmanager Dipl.Ing. Hermann Hansy (Weinviertel) und Dipl.Ing. Andreas Weiss (Industrieviertel) das umfangreiche Jahresprogramm des EUREGIOforums. Direktor Prof. Gerhard Skoff von Casinos Austria und Mag. Gerhard Gangl, Vorstandsmitglied der Kommunalkredit AG, stellten den EUREGIO-Innovationspreis 2002 vor, der von den beiden Unternehmen gesponsert wird. Der EU-Erweiterungsbeauftragte des Landes, Dr. Gerhard Silberbauer, unterstrich die Bedeutung der niederösterreichischen Regionen für die Vorbereitung auf die Erweiterung. Das EUREGIOforum ist ein länderübergreifender Zusammenschluss der Regionalmanagements des Wald-, Wein-, Industrie- und Mostviertels und deren Partnerverbänden in Südmähren, der Westslowakei und Westungarn. Die Erfahrungen, die in den einzelnen Regionen in der Planung und Umsetzung grenzüberschreitender Projekte gemacht werden, sollen im Rahmen dieses Netzwerkes als kompaktes Know-how-Paket den Gemeinden, Vereinen, Kleinregionen, Initiativen und Unternehmen bei der Konzeption zur Verfügung gestellt werden.

Mit dem EUREGIO-Innovationspreis werden besonders gelungene und zukunftsweisende Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zum Thema "Lernende Grenzregionen" prämiert. Der Preis wird in zwei Kategorien vergeben: für bereits abgeschlossene bzw. in Umsetzung befindliche Projekte sowie für ausgearbeitete Projektkonzepte. Projekte können bis 15. Mai 2002 bei den NÖ Regionalmanagements eingereicht werden. Die Formulare sind auch auf der EUREGIOforum-Homepage www.euregioforum.at erhältlich. Die PreisträgerInnen werden im Juni 2002 von einer Jury unter dem Vorsitz des EU-Erweiterungsbeauftragten Dr. Gerhard Silberbauer ausgewählt.

Im folgenden die Höhepunkte aus dem umfangreichen Jahresprogramm des EUREGIOforums: In Zusammenarbeit mit dem Amt der NÖ Landesregierung wird im März in St. Pölten eine Fachtagung "Kleinregionen in Mitteleuropa" veranstaltet, an der auch tschechische, slowakische und ungarische Regionalplaner sowie Vertreter von Kleinregionen und Gemeinden teilnehmen werden. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Einsatzkräften in Notfällen ist Thema eines Workshops im Mai 2002 im Waldviertel. Gemeinsam mit den Bezirkshauptleuten der niederösterreichischen Grenzbezirke und mit Praktikern aus den Bereichen Rettungswesen, Feuerwehr, Katastrophen- und Zivilschutz sollen Überlegungen zur Verbesserung der Information und Kooperation in Notfällen überlegt werden. Das Bildungsprogramm "Grenzüberschreitendes Projektmanagement" bietet praxisorientierte Schulungen, Kurse, Exkursionen für Mitarbeiter von grenzüberschreitenden Organisationen, Verwaltungen etc. an. Das Fortbildungsprogramm wird für verschiedene Zielgruppen speziell vorbereitet. Gedacht ist auch an Arbeitspraktika bei Partnerinstitutionen, um die Struktur und Arbeitsweise der Nachbarn besser kennen zu lernen. In Poysdorf im Weinviertel findet im Oktober 2002 die bereits vierte EUREGIO-Tagung statt. Diese Tagung ist zu einer fixen Veranstaltung an der österreichischen EU-Außengrenze geworden. Das diesjährige Generalthema lautet "Bürgernähe und EU-Erweiterung - die Rolle der Grenzregionen".

Rückfragen: Dipl.Ing. Hermann Hansy, Regionalmanager Weinviertel, 2225 Zistersdorf, Hauptstraße 25, Telefon 02532/2818, e-mail weinregio@magnet.at, und Dipl.Ing. Andreas Weiss,

Regionalmanager Industrieviertel, 2700 Wiener Neustadt, Prof. Stephan-Korenstraße 10, Telefon 02622/271 56 10, e-mail office@industrieviertel.at.
23.01.02, Quelle: EUREGIO forum

Für "Kommunikation und Partizipation" im Arbeitsjahr 2002

Neben Impulsprojekten der Regionalentwicklung und der öffentlichen Infrastruktur versteht sich "Kommunikation und Partizipation" als dritte Säule der niederösterreichischen EURO FIT-Aktivitäten. Dabei wird auf die interaktive Gestaltung des Prozesses besonderer Wert gelegt, um wesentliche Impulse für die zukünftige Positionierung Niederösterreichs im Zuge der EU-Erweiterung setzen zu können.

In diesem Zusammenhang hat die NÖ Landesregierung bei ihrer Sitzung am Dienstag für Strategien und Maßnahmen im Rahmen von "Kommunikation und Partizipation" im Arbeitsjahr 2002 181.600 Euro als Zuschuss aus Regionalförderungsmitteln bewilligt, Projektträger ist die NÖ Landesakademie. Neben dem "NÖ Positionierungsmodell 2010" liegen dabei weitere Schwerpunkte im sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen sowie regionalwirtschaftlichen Bereich inklusive Raumordnungskompetenz und Regionalstatistik. Für 2002 sind internationale Tagungen und Veranstaltungen zum Themenfeld EU-Erweiterung ebenso vorgesehen wie Veranstaltungen zur Förderung der kulturellen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit.

Im Rahmen der Förderaktion "Fit im Kopf" werden Veranstaltungen von Vereinen, Schulen und Einzelpersonen unterstützt, die der Strategie zur Nutzung der neuen Chancen der EU-Erweiterung entsprechen. Mit Dr. Gerhard Silberbauer wurde ein profunder Kenner der Landesentwicklung und Erweiterungsproblematik als EU-Erweiterungsbeauftragter des Landes Niederösterreich installiert und mit umfassenden Agenden ausgestattet. Parallel dazu werden auch laufend aktuelle Informationen im Internet unter www.no.e.zukunft.at zur Verfügung gestellt.

31.01.2002, Quelle: NÖ Landeskörrespondenz, Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

WWF präsentiert Regionalentwicklungsstudie: Natura 2000 rechnet sich!

Der WWF Österreich präsentierte gestern Abend die Studie "Naturschutz und Regionalwirtschaft". Am Beispiel von vier österreichischen Modellregionen wird gezeigt, dass die Einrichtung von Natura 2000-Gebieten zu positiven regionalwirtschaftlichen Auswirkungen führt und die betroffenen Regionen wirtschaftlich profitieren können," so der Autor Univ.Do. Dr. Michael Getzner, Universität Klagenfurt. Die regionalwirtschaftlichen Chancen liegen insbesondere in den Bereichen Tourismus sowie Landwirtschaft. Die Ausweisung als Natura 2000-Gebiet kann somit als "Initialzündung" für eine nachhaltige Regionalentwicklung angesehen werden. "Die Studie kommt gerade rechtzeitig um Zukunftsmodelle und Chancen des europäischen Naturschutzes im Zuge der EU-Erweiterung besser einzuschätzen zu können," so Mag. Christoph Walder, WWF Österreich.

Die Studie...

Es wurden vier Modellregionen mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen ausgewählt: das Waldviertel/NÖ: Natura 2000 nominiert, aus vielen Einzelflächen bestehend, erste touristische Ansätze, das Steinfeld/NÖ: bei der Erstellung der Studie noch nicht nominiert, angrenzend an ein Industriegebiet, das Karwendel: nicht nur Natura 2000-Gebiet, sondern auch Landschafts- und Naturschutzgebiet, gut touristisch entwickelt und das Verwall/Vbg.: nominiert, keine touristische Entwicklung, nur kleine land- und forstwirtschaftliche Betriebe. "Die Untersuchung dieser sehr unterschiedlichen Gebiete zeigt, dass Natura 2000 das erste Naturschutzinstrument auf breiter regionalwirtschaftlicher Basis darstellt," so Getzner "Die Regionen müssen aber auch die Chancen erkennen und aktiv nutzen! Natura 2000 ist immer ein Gewinn für die Region, außer in Industriegebieten wie z.B: das Steinfeld!"

"Natura 2000 ist ein treffsichereres Instrument für Naturschutz," ist der Ökologe und Co-Autor Mag. Michael Jungmeier, ECO Klagenfurt, überzeugt, "Die Flächen auf denen wirklich Maßnahmen durchgeführt werden müssen, sind vergleichsweise klein und diese werden dann gezielt gesetzt, d.h. viel Naturschutz kann mit wenigen Mitteln umgesetzt werden."

05.02.2002, Quelle und Rückfragehinweis: WWF Österreich

Grenzüberschreitendes Impulszentrum Thayaland

Die Region Thayaland ist auf Grund ihrer räumlichen Lage und ihrer Entwicklung von besonderen wirtschaftlichen Herausforderungen geprägt. Andererseits bietet die Region enorme Ressourcen bzw. Potenziale für die zukünftige Entwicklung im Grenzraum wie qualifizierte Arbeitskräfte, touristische Angebote, die Fördergebetslage, sehr gute regionale Vernetzungen, Erfahrungen im Bereich Regionalentwicklung und nicht zuletzt verschiedene Leitprojekte. Nachdem die sechs Gemeinden Dobersberg, Gastern, Karlstein, Kautzen, Thaya und Waldkirchen bereits seit 1998 im Rahmen eines

kleinregionalen Entwicklungskonzeptes kooperieren, soll nun ein Grenzüberschreitendes Impulszentrum (GIZ) die bisherigen Aktivitäten verstärken und grenzüberschreitend intensivieren. Für Errichtung und Betrieb des GIZ Thayaland hat die NÖ Landesregierung im Rahmen des Programms INTERREG IIIA Österreich - Tschechien eine Förderung über 135.450 Euro aus EFRE-Mitteln genehmigt. Die Gesamtkosten liegen bei 270.900 Euro, der Durchführungszeitraum endet mit Mai 2004. Projektpartner ist neben den genannten sechs niederösterreichischen Gemeinden auf tschechischer Seite Slavonice. Die dem Projektmanagement vorgeschriebenen Arbeitsschwerpunkte bestehen im Wesentlichen im Aufbau von Kooperationsprojekten verschiedenster Themenbereiche, in der Unterstützung von Unternehmenskooperationen, einer allgemeinen Standortentwicklung und Vermarktung sowie in einer kommunalen und regionalen Öffentlichkeitsarbeit. Auch laufende Kontakte zu anderen GIZ-Projekten in den Kleinregionen bzw. eine Abstimmung mit der EUREGIO und dem Regionalmanagement Waldviertel sind Teil des Konzepts.
07.02.2002, (OTS-Verteiler) (Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung)

NÖ Energiekonzept wächst über die Grenze

An der niederösterreichischen Nordgrenze wird am Aufbau eines grenzüberschreitendes Energiekonzeptes gearbeitet. Im Rahmen des Programms INTERREG IIIA Österreich-Tschechien werden 255.808 Euro an Förderungsmitteln aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) vergeben, womit die Projektpartner Energieagentur Weinviertel (Zistersdorf) und die Stadt Jindrichuv Hradec (Neuhaus) bis 2003 ihr Projekt umsetzen können. Es geht zunächst um die Bereitstellung von Grundlagen und um einen einheitlichen Informationsstand, weiters um den Aufbau eines Datennetzwerkes für die Grenzregion und deren ständige Aktualisierung, um die Einrichtung einer dreisprachigen Homepage und um forcierte Öffentlichkeitsarbeit. Das regionale Energiekonzept wird auf integrierte kommunale "Energiekonzepte der neuen Generation" aufbauen, die ausschließlich für Klimabündnisgemeinden erstellt werden. Auch sollen österreichische Unternehmen und Banken mit Tätigkeitsbereich in der Slowakei bzw. Tschechien beraten werden.

Bei diesem Projekt geht es um die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energieträger und um Energieoptimierung. Es wirkt auch der Kritik entgegen, dass Österreich zu wenig Alternativen bietet, wenn es die Stilllegung grenznaher Atomkraftwerke anstrebt. Schließlich ist es auch ein Beitrag zur Umsetzung des NÖ Energiekonzeptes.

12.02.2002, Quelle: NÖ Landeskorrespondenz, Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Ungarn

Regionale Investitionstrategie für den Balaton

Die Balatonregion soll in den kommenden zehn Jahren mit mehr als 100 Mrd. Ft gefördert werden. Das kündigte Wirtschaftsminister György Matolcsy auf einem Forum in Balatonalmádi an. Das strategische Ziel ist es, die Region bis 2012 auf EU-Standard zu bringen und sich mit wettbewerbsfähigen und hochklassigen Dienstleistungen der Konkurrenz zu stellen. Neben Geldern aus dem Széchenyi-Wirtschaftsförderplan sollen 566 Mrd. Ft aus heimischen und 43 Mrd. aus EU-Subventionen der Region zugute kommen. Innerhalb der Entwicklungsstrategie für die Balaton-Region werden vier Schwerpunkte gesetzt. Den Löwenanteil erhalten die Entwicklung des Qualitäts-Tourismus mit 221,5 Mrd. Ft und die Verbesserung des Verkehrsnetzes mit 202,9 Mrd. Forint. In zehn Jahren kann die Subvention der Kommunalverwaltungen, Unternehmer und der EU 608,8 Mrd. Ft erreichen. Die EU-Unterstützung bleibt dabei unterhalb von zehn Prozent der Gesamtinvestition.
Jänner 2002, www.budapester.hu

Tagung der Naumann-Stiftung - Die Regionen bereiten sich auf die EU vor

Mit dem nahen Beitritt zur EU müssen sich die Regionen Ungarns vorbereiten, um ihre Rechte und Pflichten kennenzulernen - zumal sich die Europäische Bündnis eher als Union der Regionen sieht, denn als Union von Staaten. Dabei leistet die Friedrich-Naumann-Stiftung Unterstützung, die jetzt in Budapest eine Konferenz zum diesem Thema ausrichtete, gemeinsam mit der Hauptstadt. Die Konferenz unter dem Motto "Die Entwicklung und Vorbereitung der Regionen Ungarns auf den Beitritt zur EU" bildete zugleich den Abschluss einer Konferenzreihe in sechs Großstädten des Landes. "Sie diene dazu, kennenzulernen, mit welchen Problemen die Städte und Regionen zu kämpfen haben", führte Zsuzsanna Tormássy, Leiterin der Stiftung in Ungarn, aus. Es gehe dabei vor allem ums Geld, betonte Budapests Oberbürgermeister Gábor Demszky in seinem Vortrag. Er beklagte, dass sich in Ungarn noch kein regionales System herausgebildet habe. "Ich liebe die EU, weil die Macht der ungarischen Regierung mit dem EU-Beitritt geringer wird und die Regionen und Kommunen stärker werden." Dabei existiere eigentlich nur Budapest als Region mit eigener Infrastruktur und Planung

sowie mit eigenen Finanzen. Professor György Enyedi, Vizepräsident der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, wies im Anschluss auf die territorialen Ungleichheiten in Ungarn hin. Man müsse die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken, stattdessen fördere man die Ungleichheiten. Auch die weiteren Redner, unter ihnen Wolfgang Petzold, Mitglied der EU-Vertretung in Ungarn, und Landwirtschaftsstaatssekretär Péter Szaló gingen auf Probleme im Zusammenhang mit den Regionen ein. Dabei stellten die Vertreter der EU die Arbeit und Konzepte der Union im Zusammenhang vor, die ungarischen Vortragenden gingen eher auf die Probleme der Regionen und die zu bewältigende Arbeit ein.

Jänner 2002, www.budapester.hu

TOURISMUS

Österreich

Weltkulturerbe Neusiedler See: Symbol für grenzüberschreitendes Zusammenwachsen

Als "Symbol für das grenzüberschreitende Zusammenwachsen der Nachbarländer Österreich und Ungarn" bezeichnet die burgenländische SPÖ-Nationalratsabgeordnete Katharina Pfeffer - Mitglied des parlamentarischen Umweltausschusses - die Aufnahme des Neusiedler Sees in die UNESCO-Weltkulturerbe-Liste. Die Einreichung beider Länder sei gerade im Hinblick auf die bevorstehende EU-Osterweiterung eine Bestätigung dafür, dass "gemeinsame Interessen keine Staatsgrenzen kennen", betont die SP-Abgeordnete. Nach der Errichtung des Nationalparks Neusiedler See sei die Aufnahme dieser Region in die Weltkulturerbe-Liste "sowohl Auftrag als auch Beweis für eine erfolgreiche Natur- und Umweltarbeit, um die europaweit einzigartige Fauna und Flora rund um den Neusiedler See zu schützen", so Pfeffer abschließend.

14.12.2001, Quelle und Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ

Vier Rad- bzw. Mountainbikeregionen

Im Zuge der Regierungssitzung am Dienstag wurden auf Initiative von Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka u.a. auch die EFRE-Mittel für vier bereits im INTERREG-Beirat bzw. in den betreffenden Lenkungsausschüssen genehmigte Rad- und Mountainbikeregionen beschlossen. Insgesamt handelt es sich dabei um 8.159.492 Schilling (592.973 Euro).

4.162.491 Schilling (302.500 Euro) aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung kommen der Radregion Weinviertel-Südmähren-Westslowakei zugute. Bis Dezember 2004 soll hier eine grenzüberschreitende Radregion mit dementsprechend grenzüberschreitenden Radrouten und kleineren Tages- oder Halbtages-Rundkursen entstehen. Die Gesamtkosten betragen 8.324.982 Schilling (605.000 Euro).

Bereits im Juli 2002 soll der "Kulturradweg Fürstenroute" fertiggestellt sein, der im Weinviertler Dreiländereck um Poysdorf das Stammschloss der Liechtensteiner in Wilfersdorf mit den Schlössern Feldsberg/Valtice und Eisgrub/Lednice in Südmähren verbindet. Die Gesamtkosten betragen 549.174 Schilling (39.910 Euro), die zuletzt genehmigten EFRE-Mittel belaufen sich auf 274.587 Schilling (19.955 Euro).

Exakt 899.999,99 Schilling (65.405,55 Euro) EFRE-Mittel bei Gesamtkosten von 1.799.999,98 Schilling (130.811,10 Euro) wurden für die Mountainbikeregion Waldviertel freigegeben. Damit sollen bis Dezember 2002 u.a. die 95 Strecken betreut, weitere Gemeinden aus dem Waldviertel und in Tschechien eingebunden und Kooperationen mit EUREGIO und den Regionalmanagements forciert werden.

Auf die Mountainbikeregion NÖ Süd Alpin schließlich entfallen 2.822.414 Schilling (205.113 Euro) der genehmigten EFRE-Mittel. Mit Gesamtkosten von 7.280.400 Schilling (529.087 Euro) entstehen hier bis Dezember 2003 in Niederösterreich, im Burgenland und über die Staatsgrenze nach Ungarn 40 bis 50 Mountainbike-Strecken. Unter Einbindung des jeweiligen Regionalmanagements und der Komitatsbehörden von Vas in Ungarn kooperieren dabei rund 30 Gemeinden im Regionsgebiet.

17.12.2001, Quelle: NÖ Landeskorrespondenz, Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Besucherzentrum für den Nationalpark Thayatal/Podyjí

Mit 1. Jänner 2000 ist der Nationalpark Thayatal per Verordnung in Kraft getreten. Damit stellt er die österreichische Ergänzung zu dem bereits seit 1991 bestehenden tschechischen Nationalpark Podyjí dar. Im Rahmen der verstärkten internationalen Zusammenarbeit der Regionen hat die NÖ Landesregierung nun zur Förderung des Projekts "Besucherzentrum für den Nationalpark Thayatal/Podyjí" aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) im Rahmen des Programms INTERREG IIIA Österreich – Tschechien Mittel in der Höhe von 1,4 Millionen Euro genehmigt. Die Gesamtkosten des für den Zeitraum von Juli 2001 bis September 2003 bewilligten Projekts belaufen sich auf 2,8 Millionen Euro. Das zu errichtende Besucherzentrum soll in Zukunft die Verwaltung des Nationalparks beherbergen. Abgesehen von der Präsentation der Landschaft wird es aber auch Bereiche für Wechsellausstellungen und Forschungseinrichtungen geben.

Im Nationalpark sollen den Besuchern nicht nur das Werden der Landschaft und die ökologische Bedeutung des Schutzgebietes näher gebracht werden, sondern auch die Bedeutung grenzüberschreitender Zusammenarbeit zum Schutz der biologischen Vielfalt und Wissen über

Umwelt und naturräumliche Prozesse. In erster Linie wendet sich der Nationalpark dabei an Kinder und Jugendliche, an naturkundlich Interessierte und Touristen, aber auch an Wissenschaftler. Obwohl der Nationalpark ausschließlich auf dem Gemeindegebiet von Hardegg angesiedelt ist, hat er weitreichende Bedeutung für die größere Nationalparkregion. Er ist auch ein regionales Leitprojekt, das in touristischer Hinsicht Entwicklungsimpulse in der Region setzen soll.

08.02.2002, Quelle: NÖ Landeskorespondenz, Rückfragehinweis: Niederösterreichische Landesregierung

Tschechien

Südböhmen zieht Millionen von Touristen an

Wie aus den Ergebnissen einer Befragung folgt, kommen nach Südböhmen jährlich 2,2 Millionen Touristen, von denen fast 600.000 aus dem Ausland sind. Die Fragebögen zu dieser Befragung hat der Lehrstuhl für Fremdenverkehr der Südböhmischen Universität, dessen Sitz in Tábor ist, erstellt und in Sommermonaten wurde die Befragung durchgeführt. Laut der festgestellten Angaben verbringen hier ihren Urlaub im Sommer ungefähr 160.000 Touristen täglich, die hinsichtlich des überwiegenden Personalverkehrs zur Bewegung im südböhmischen Gebiet das Auto benutzen. Die Zahl der Autos liegt bei 60.000 .

Die Studenten führten die Befragung an 18 Stellen durch – in allen Kreisstädten, in einigen Böhmerwaldgemeinden, in den Gebieten um Lipno, Wittingau und Nové Hradý und in einigen bekannten Schlössern und Burgen, wie z.B. Hluboká, Orlik und Rosenberg. „Die historischen Städte und Denkmäler, die saubere Umwelt, Wälder, Wasserflächen und Flüsse werden von den Besuchern am meisten geschätzt. Unzufrieden sind sie dagegen mit dem Angebot an Freizeitaktivitäten, mit dem Zustand der Straßen und mit der schlechteren Qualität der Dienstleistungen,“ teilte Jiří Vaníček aus dem Lehrstuhl für Fremdenverkehr der Südböhmischen Universität mit.

Bei 46% der Touristen ist der Hauptgrund für den Besuch Südböhmens ein langzeitigerer Urlaub, bei 34% ein kurzer Ausflug und die anderen Besucher sind hier entweder auf einer Dienstreise oder sie fahren nur durch Südböhmen. Der durchschnittliche Aufenthalt liegt bei 9 Tagen. „Fast 80% der Besucher kommen nach Südböhmen regelmäßig zurück. Die meisten tschechischen Touristen kommen aus Prag, Pilsen und Brünn, die meisten ausländischen Touristen kommen dann aus Deutschland, Österreich, der Niederlande, der Slowakei und Frankreich,“ sagte Vaníček.

17.12.2001, Listy Prachaticka

Ein Labyrinth aus Hanf sollte die Touristen anlocken

Das Angebot an die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Anbaus und der Verarbeitung von Industriehanf- und Flachs bekamen gestern die Landwirte aus dem Gebiet um Neuhaus. Erich Frasl, der Chef der Agrarmikrokommer im Region Reingus, die die Bauer an der österreichischen Seite der Grenze in der Nähe von Nová Bystřice vereinigt, traf sich, in der Begleitung des Beraters für die grenzüberschreitenden Projekte Bernhard Schneider mit dem Direktor der Kreisagrarkammer Jiří Votava und mit einigen Unternehmern, die in der Landwirtschaft tätig sind.

Es handelt sich um die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der alternativen landwirtschaftlichen Früchte; es gibt hier ein Vorhaben, ein auf Hanf orientiertes Dorf zu errichten, was die Chance bietet, die Touristen anzulocken. Die Möglichkeiten der Ausnutzung dieser Frucht sind verschieden, von der Kosmetik über Bäckerei bis zum Bauwesen. Dank der Möglichkeit, die Finanzmittel von der EU schöpfen zu können, ist diese grenzüberschreitende Zusammenarbeit sehr vorteilhaft.

23.01.2002, Listy Prachaticka

Slowakei

INFOSEN – Ausrufung des Königreiches

Am 21. Juni 2001 wurde feierlich der Königreich vom König Matúš eröffnet. Dieses Projekt soll zur aktiven Entwicklung des Fremdenverkehrs im westlichen Teil des Landes beitragen. In dem Königsreich befinden sich etwa 1 100 Städte und Gemeinden. Das Projekt soll Besucher aus dem In- und Ausland – ob zu Fuß mit dem Fahrrad oder mit dem Auto - locken, die hier die Schönheit und Kultur des Landes mit einem reichhaltigen Programmangebot erleben können. Es werden hier die historischen und natürlichen Sehenswürdigkeiten der Westslowakei präsentiert (mehr als 50 Burgen, Schlösser und Kastelle).

Die Staatsbürgerschaft im Königsreich kann jeder, der gewisse Voraussetzungen erfüllt, bekommen, in dem er einen Reisepass beantragt. In den Reisepass bekommt man bei seinen Ausflügen Stempel, mit welchen man dann eine immer weiter wachsende Fülle an Ermäßigungen nutzen kann. Weitere

Informationen bekommen sie beim Ausrufer des Königsreiches – Informationszentrum der Stadt Senica INFOSEN. (Tel, Fax: 00421-34-651 64 59, e-mail: sms@senpsg.)
Dezember 2001, Naša Senica

Eine Fahrradbrücke wird die Ufer der March verbinden

Im Budget für 2002 wurde ein Beitrag von 4 Mio. Sk für eine Fahrradbrücke über die March nach Marchegg beschlossen. Die Brücke soll den österreichischen Radweg mit dem slowakischen Radweg und dem Lehrpfad verbinden, welche von Devín, über die geschützten Marchauen nach Vysoká na Morave führen. Der Beitrag vom Magistrat der Stadt Bratislava war deswegen so wichtig, damit die österreichische und slowakische Seite zusammen eine Unterstützung aus dem Fond Phare beantragen können. Mit dem Bau soll Ende dieses Jahres begonnen werden, nach einem dreiviertel Jahr soll die Brücke fertig sein.

Die Marchauen sind ein wertvolles Nassgebiet, geschützt durch die Europäische Konvention. Der wertvollste Teil ist der Stausee in Devin – die große Wiese wird nur bei der Schneeschmelze zum See.

18.01.2002, SME

Das Interesse der Gemeinden steigt

Die Anzahl der Gemeinden, die sich entschlossen haben, sich auf dem Server www.tourist-channel.sk zu präsentieren, steigt. Die Zahl wuchs von 160 Gemeinden 2001 auf heutige ca. 300.

Die meisten Gemeinden beteiligen sich an diesem Projekt aber nicht aus eigener Initiative, denn die Vertreter der Gemeinden halten Informationen für keinen wichtigen Bestandteil des Marketing. Trotzdem verbessert sich die Situation. Neben Seiten über Städte und Gemeinden der SR mit Links auf ihre eigene Homepages (falls vorhanden) fügen die Autoren langsam auch Mikroregionen und Regionen der Slowakei mit ihren interessanten, touristischen Angeboten in das Projekt ein. Über das Portal kann man on-line Aufenthalte und Unterkünfte in Bädern und Erholungseinrichtungen bestellen.
12.02.2002, Hospdárske noviny

Ungarn

Das Ungarische Welterbe der UNESCO: Teil 2 - Pannonhalma

Wie eine Burgfestung ragt die mächtige Benediktinerabtei aus der pannonischen Ebene südlich von Győr, und als Wehrkirche war die auf einem Hügel gelegene Klosteranlage auch gedacht. Teile der imposanten Festungsmauer sind noch immer vorhanden. Gegründet wurde sie vom Arpadenfürst Géza, dem Vater König Stephans I., der dem Kloster in der Stiftungsurkunde von 1001 weitreichende Privilegien gewährte. Von den ursprünglichen romanischen Gebäuden, die selbst dem Tatarensturm von 1242 widerstanden, ist heute nichts mehr zu sehen. Die ältesten Teile der heute weitgehend klassizistischen geprägten Anlage sind die Krypta und der Kreuzgang aus der Gotik (14. Jh.). Bei der letzten Renovierung vor wenigen Jahren wurden wertvolle Fresken in der Abteikirche und im Kreuzgang freigelegt. Schutzheiliger der Abtei ist der Bischof von Tours, der Hl. Martin, der unweit des Klosters geboren worden sein soll und auch dem Hügel, auf dem sich die Abtei befindet den Namen gab.

Die drei Schiffe der mächtigen Kirche sind durch Arkadengänge verbunden, das Hauptschiff hat Gewölbe mit sechs Kuppeln, die Seitenschiffe sind mit gotischen Kreuzgewölben versehen, die sich auch im angrenzenden Kreuzgang wiederfinden, den man durch die Porta Speciosa, das Prunkportal aus rotem Marmor erreicht. Sehenswert sind die Säulen der gotischen Unterkirche mit ihren in Stein gehauenen lebensnahen Pflanzen-, Tier- und Menschendarstellung.

Zu den berühmtesten Teilen der großartigen Abtei zählt die Bibliothek, die in einem der schönsten klassizistischen Innenräume Ungarns untergebracht ist. Mit über 250.000 Bänden, darunter wertvolle Handschriften und alten Drucken, ist sie eine der größten Benediktinerbibliotheken der Welt. Die kunstvollen Regale stammen von einem Tischler aus Pannonhalma, die Figuren und Bilder der Galerie zeigen die Welt des Wissens und Schaffens. Sehenswert ist auch das Refektorium mit herrlichen Stuckarbeiten.

Die Abtei ist seit über 1000 Jahren ein lebendiges Zentrum des Glaubens und Strebens, in dem heute Vergangenheit und Gegenwart harmonisch aufeinander treffen. Sie beherbergt, gemäß dem Bildungsauftrag des Ordens, ein angesehenes Gymnasium, die Brüder leben ihrem Ordensmotto "ora et labora" und erzeugen unter anderem duftendes Lavendelöl und hervorragende Weine in den Kellern des Klosters. Im Arboretum und Garten werden Heilkräuter gezogen.

Die Abtei von Pannonhalma kann aufgrund des aufrechten Ordenslebens nur im Rahmen von Führungen besichtigt werden, die ganzjährig täglich außer Montag in mehreren Sprachen stattfinden. Die Kirche ist zu Messfeiern frei zugänglich. Besonders beeindruckend sind das Orgelkonzert am

Ostersonntag, die Fronleichnamsprozession sowie das Fest des Hl. Benedikt am 11. Juli und das Fest des Hl. Martin am 11. November.

11.01.2002, Quelle und Rückfragehinweis: Ungarisches Tourismusamt

Ungarn - 30 Millionen Touristen im Jahr

Der Tourismus ist eine der Erfolgsbranchen der ungarischen Wirtschaft. Nach Schätzungen entsteht bereits ein Zehntel des Bruttosozialprodukts in Ungarn in diesem Sektor, der annähernd 250.000 Menschen Arbeit und Lebensunterhalt bietet. Während das Land jährlich etwa 30 Millionen Menschen aufsuchen, womit Ungarn an 14. Stelle der Weltrangliste unter den beliebtesten touristischen Zielen steht, belegt es unter den touristischen Einnahmen nur Platz 38. Gerade deshalb werden im Széchenyi-Plan im Unterprogramm zur Entwicklung des Kur- und Thermalismus neue Akzente gesetzt. Die geothermischen Gegebenheiten von Ungarn sprechen für sich: Auf etwa 80 Prozent des Territoriums kann man heiße Quellen finden, mehr als 800 aktive Thermalbrunnen sind vorhanden, von denen nahezu ein Drittel für Badezwecke genutzt wird. Auch als "europäische Thermalgroßmacht" apostrophiert, wird das Land international lediglich von Japan, Island, Italien und Frankreich übertrumpft.

"Ungarns Gesundheitstourismus rekrutiert seine Kurgäste in erster Linie aus den deutschsprachigen Ländern, aber auch andere Länder, vor allem Frankreich, die Staaten Skandinaviens, Polen und unsere Nachbarn sollen sich infolge unserer Marketingtätigkeit angesprochen fühlen. Auch der südöstliche Teil Asiens, sowie die nordamerikanischen Märkte sollen erobert werden. Immerhin sind in Europa etwa 20 Millionen Kurtouristen unterwegs, denen Alternativen geboten werden müssen", so der ungarische Wirtschaftsminister György Matolcsy. Ungarn müsse an seinem guten Ruf permanent arbeiten, man verfüge über gutes Wasser, vorzügliche Bäder, niveaue Hotels und gehobene Dienstleistungen. Der Minister wies auch auf die unerlässlichen Aufgaben bei der Ausbildung von Fachpersonal hin. "Um eine richtige Wellness-Monarchie zu werden, müssen wir Ungarn als gesundheitstouristisches Zentrum positionieren. Dazu ist eine umfassende Marketingstrategie, Imageprofilierung, sowie der Zusammenschluss und die koordinierte Tätigkeit aller Institutionen und Verbände unerlässlich." Bei den Ausschreibungen zur Modernisierung sowie Errichtung neuer Bäder, zur Entwicklung der Infrastruktur und zur Erhöhung der Bettenkapazität wurden 2001 insgesamt 57 Bewerbungen eingereicht, davon erlangten 41 eine Finanzspritze. Die Projekte hatten einen Wert von 47,7 Mrd. Ft, wobei der Staat etwa 20 Mrd. Ft Unterstützung gewährte. Dabei wurden 1610 neue Arbeitsplätze geschaffen. 34 Bäder, eine Grotte und ein Zentrum für Kohlendioxid-Therapien wurden errichtet und fünf Hotel-Projekte bekamen grünes Licht. Im überwiegenden Teil handelt es sich um Großinvestitionen, denn 25 Bewerbern wurden mehr als 500 Millionen Forint Förderungsgelder zugesprochen. "Auch die Ausgewogenheit innerhalb der Regionen war für uns von großer Bedeutung. Je 18 Projekte westlich und östlich der Donau erhielten Zuschüsse", so Wirtschaftsminister Matolcsy. 11.02.2002, www.budapester.hu